Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 282. Mittwoch, den 2. Dezember 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Die neuen Steuerprojekte.

VIII.

Die Nachlaßsteuer.

Die einzige Steuer, die den Besitz treffen soll, hat Herr Sydow nur aus Anstandsrücksichten, so zu sagen, seinem Steuerbündel einverleibt, erklärte er doch: „Daß der durch Erschließung neuer Einnahmequellen zu deckende finanzielle Bedarf des Reichs ausschließlich auf den Massenverbrauch treffende Verbrauchs- und Verkehrssteuern verwiesen werde, erscheint bei der außerordentlichen Höhe des Bedarfs weder angemessen noch ausführbar." Deshalb fordert er die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf das Erbe der Kinder und Ehegatten des Erblassers, während bisher dieses Erbe von der Reichssteuer frei war.

Während aber bei der Belastung des Konsums recht kräftig zugepackt wird, ist hier, wo die Besitzenden getroffen werden sollen, die Besteuerung ungemein schonend. Die Steuer beginnt erst bei einem Nachlaß, dessen reiner Wert (also nach Abzug der Schulden) den Betrag von 20 000 Mk. übersteigt. Der Steuersatz beträgt bei einem Erbe von:

20 000	bis	30 000	Mk.	0,5	Proz.
30 000	„	40 000	„	0,6	„
40 000	„	50 000	„	0,7	„
50 000	„	60 000	„	0,8	„
60 000	„	75 000	„	1	„
75 000	„	100 000	„	1,2	„
100 000	„	125 000	„	1,4	„
125 000	„	150 000	„	1,7	„
150 000	„	200 000	„	2	„
200 000	„	300 000	„	2,3	„
300 000	„	500 000	„	2,6	„
500 000	„	750 000	„	2,8	„
750 000	„	1 000 000	„	2,9	„
über 1 000 000				3	„

Von einem Nachlaß in Höhe von 30 000 Mk. würde die Steuer also nur 150 Mk. betragen, bei 100 000 Mk. 1200 Mark und bei einer Million 30 000 Mk. Das sind sehr geringe Sätze, dabei ist die Progression sehr langsam und hört bei einer Million ganz auf.

Nehmen wir zum Vergleich die englische Erbschaftssteuer. Sie beginnt bei einem reinen Werte des Nachlasses von 100 Pfund Sterling (2000 Mk.) mit einem Prozent und erreicht bei 50 000 Pfund Sterling (1 Mill. Mark) bereits 5 Prozent, bei einer Million Pfund Sterl. beträgt sie 10 Prozent und steigt noch weiter progressiv an in der Weise, daß die erste Million mit 10 Prozent, die darüber hinausgehenden Beträge mit 11, 12, 13, 14 und 15 Prozent besteuert werden. Auch die französische Erbschaftssteuer hat bedeutend höhere Sätze und geht bis 5 Proz. bei dem Erbe der Kinder, bis 9 Prozent bei dem Erbe der Ehegatten.

Der Ertrag der englischen Erbschaftssteuer ist denn auch in den letzten Jahren rund 19 Mill. Pfund Sterling (380 Millionen Mark), während Herr Sydow den Ertrag der deutschen Steuer auf rund 84 Mill. Mk. veranschlagt.

Mit dieser Steuer soll eine „Wehrsteuer" verbunden werden: wenn der Erblasser aus irgendeinem Grunde seiner Militärpflicht nicht nachgekommen ist, soll ein Zuschlag zu der Nachlaßsteuer in Höhe von 1,5 Prozent erhoben werden. Das soll rund 14 Mill. Mark Steuer abwerfen.

Schließlich soll das Erbrecht des Staates erweitert werden, indem der Kreis jener Personen, die ein gesetzliches Erbrecht auf den Nachlaß eines Verstorbenen haben, eingeengt werden. Auch jetzt fällt das Erbe dem Staate zu, wenn keine gesetzlichen Erben vorhanden sind und ein Testament nicht vorliegt, in Zukunft würden diese Fälle zahlreicher sein. Laut Schätzungen, die indessen überaus nachlässig gearbeitet scheinen, wird der Betrag auf rund 25 Millionen geschätzt, was bei weitem zu hoch gegriffen sein mag.

Zusammen sollen durch die Nachlaßsteuer, die Wehrsteuer und den Betrag aus dem Erbrecht des Staates 84 + 14 + 25 = 123 Millionen Mark erzielt werden. Davon sollen indessen 1/4 an die Einzelstaaten und 3/4 an das Reich kommen, so daß der Reichskasse rund 92 1/4 Millionen zufließen sollen.

Unsere Stellung zu diesen Projekten ergibt sich einfach aus den Grundsätzen unseres Programms. Eine Erbschaftssteuer ist uns willkommen, da sie eine direkte Steuer ist. Die Befreiung der Kinder und Ehegatten von der Steuer in dem bisher bestehenden Gesetze ist von unserer Fraktion bekämpft worden, und es kann uns nur recht sein, wenn das jetzt aufgehoben wird. Auch die Erweiterung des Erbrechts des Staates ist annehmbar, da wirklich kein Grund vorliegt, daß beim Mangel eines Testaments weitläufige Verwandte zu lachenden Erben werden. Dagegen ist die „Wehrsteuer" ein Unsinn, denn es liegt kein vernünftiger Grund vor, warum die Erben eines Mannes, der nicht in der Lage war, den Schießprügel zu tragen, schlechter gestellt sein sollen.

Indem wir prinzipiell der Erbschaftssteuer zustimmen, ist uns indessen der vorliegende Entwurf vollkommen ungenügend, da wie gesagt die Steuersätze bei weitem zu niedrig bemessen sind. Streiten läßt sich darüber, bei welchem Betrage des Erbes die Steuer beginnen soll. Aber sicher kann dieser Betrag viel niedriger als mit 20 000 Mk. angesetzt werden. Wer 5000 Mk. erbt, kann ruhig und gut seine 50 Mk. (1 Prozent) Steuer entrichten. Bei Erbschaften, die 100 000 Mk. übersteigen, wären sicherlich Sätze, die noch weit über die im englischen Gesetze enthaltenen hinausgehen, angebracht. Bei entsprechender Steigerung der Sätze würde dann leicht ein Betrag von 200 bis 300 Millionen zu erzielen sein.

Eine andere Frage freilich ist, ob die Steuer dieser Regierung zu bewilligen ist. Wenn 500 Mill. Mark neuer Steuern gefordert werden, so ist das auf die uferlosen militaristischen Pläne zurückzuführen. Nicht um Kulturaufgaben zu erfüllen, verlangt die Regierung diese Unsummen, sondern sie verlangt sie zu Zwecken, die dem Gemeinwohl zuwiderlaufen. Nur dann könnte von einer Bewilligung neuer direkter Steuern die Rede sein, wenn dadurch die Belastung der arbeitenden Massen durch indirekte Steuern gemindert würde.

Dabei scheint indessen das Schicksal der Erbschaftssteuer bereits besiegelt: die Besitzenden wollen nicht! Der konservative Klüngel samt den Nationalliberalen und dem Zentrum erklärt sich gegen diese Steuer, die Herren sind schamlos genug, alle Lasten von sich abzuwenden und wollen abermals aus der Haut des Volkes Riemen schneiden. Geradezu köstlich ist es, zu beobachten, wie sie sich drehen und winden, wie sie zetern und toben gegen den einzigen Vorschlag der Regierung, der gegen das Geldsackinteresse verstößt. Drei Prozent verlangt die Regierung als Maximum der Erbschaftssteuer und da schreien sie, das Vaterland, die Familie und alle sonstigen heiligen Güter sind in Gefahr. Dieses Verhalten der bürgerlichen Parteien gibt dem geplanten unerhörten Raubzug ein besonderes Relief.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage

Die Fortsetzung der zweiten Lesung der Gewerbeordnungsnovelle im Reichstage zeigte am Dienstag dasselbe Bild wie am Montag. Alle unsere von den Genossen Molkenbuhr, Albrecht, Hoch und Stadthagen unter Vorbringung erdrückenden Materials begründeten Verbesserungsanträge wurden von der kompakten bürgerlichen Mehrheit schlankweg abgelehnt. Aber damit nicht genug. Es gelangten auch mehrere nicht unwichtige Verschlechterungsanträge zur Annahme. Wo das Zentrum nicht mitmachen wollte, sprang der Freisinn ein und half eine Blockmehrheit formieren; wo einmal der Freisinn weniger aus prinzipiellen als formellen Gründen nicht mitmachen wollte, fanden sich Zentrum und Konservative zu einem Gelegenheitsblock zusammen. Natürlich hinderte das Herrn Erzberger nicht, mit seiner blechernen Stimme das Lob der erlauchten Sozialpolitik des Zentrums zu trompeten. Der Antisemit Schack und Herr Stresemann von den Nationalliberalen, Spezialist für Schokolade und Panzerschiffe, wetteiferten in der Bekämpfung jedes sozialpolitischen Fortschritts, und damit der Chorus vollständig werde, bläfften ein paar Zünftler hinein. Das ist die versprochene Fortsetzung der Sozialpolitik! — Am Mittwoch geben die Verfassungsanträge dem Reichstag, der auf dem Gebiete der Sozialpolitik versagt hat, Gelegenheit, auf rein politischem Terrain zu zeigen, was er kann.

Gegen die Anzeigensteuer

machen jetzt auch die Inserenten mobil. Montag abend fand in Berlin eine Versammlung des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte statt, in der zur geplanten Inseratensteuer folgende Resolution Annahme fand:

„Der Verband Berliner Spezialgeschäfte erblickt in der geplanten Anzeigensteuer eine Sondersteuer, gerichtet gegen einen ohnehin bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit mit Abgaben belasteten Stand. Die Einführung dieser verkehrsfeindlichen Steuer würde nicht nur die Reklameverbraucher auf das schwerste schädigen, sie würde auch der deutschen Presse und der Plakatindustrie einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen.

Der Verband Berliner Spezialgeschäfte erwartet vom Deutschen Reichstage, daß er dem übrigens in allen Teilen gänzlich verfehlten Entwurf die Zustimmung versagen werde. Sollte wider alles Erwarten der Deutsche Reichstag sich dennoch für eine Besteuerung der gegenwärtig unentbehrlichen Form des Angebots bereit finden lassen, so erwarten wir, daß die Steuersätze und Ausführungsbestimmungen nach Anhörung von Vertretern derjenigen Stände, die die Steuerlast zu tragen haben, in eine Form gebracht werde, die dem modernen Geschäftsleben Rechnung trägt."

Die Etatsüberschreitungen des Herrn v. Liebert.

Aus dem Reichstage wird der „Berl. Volksztg." geschrieben:

Zwischen dem früheren Gouverneur v. Liebert und dem Zentrum und Sozialdemokraten ist es jüngst im Reichstage zu einem Zwischenfalle gekommen, und zwar bei einem Beratungsgegenstande, der sonst keine Aufregungen hervorzurufen pflegt, bei einer Rechnungssache. Der Abgeordnete Erzberger hatte aus den Rechnungen von Ostafrika für das Jahr 1900, die dem Reichstage mit starker Verspätung zugegangen waren, festgestellt, daß Gouverneur v. Liebert im Jahre 1900 für Bauten in der Kolonie 600000 Mark ausgegeben hatte, obgleich der Reichstag nur 202 000 Mark bewilligt und eine geforderte Erhöhung abgelehnt hatte. Über die Verwendung der Gelder fehlen die Beläge vielfach. Auch in Südwestafrika sollen während des Feldzuges Millionen ausgegeben worden sein, von denen niemand weiß, wo sie geblieben sind.

Zentrum und Sozialdemokratie stehen auf dem Standpunkte, daß Etatsüberschreitungen wohl vorkommen können, aber nicht in Höhe von 200 Prozent; daß es eine Beleidigung sei, Beschlüsse des Reichstags einfach zu ignorieren und nach Gutdünken in den Kolonien Gelder auszugeben, für die nicht einmal Quittungen beigebracht werden können. Für den ostafrikanischen Fall machen beide Parteien den früheren Gouverneur, jetzigen Abgeordneten v. Liebert verantwortlich. Sie beabsichtigen später die Frage aufzuwerfen, ob der Gouverneur für die zu viel verausgabten Summen (400 000 Mk.) zivilrechtlich regreßpflichtig gemacht werden kann.

Es soll in dieser Sache ein Antrag eingebracht werden, nachdem die Rechnungskommission die Angelegenheit geprüft hat, und eine namentliche Abstimmung vorgenommen werden.

Gouverneur v. Liebert hat im Reichstage erklärt, im Plenum auf die Affäre nicht näher eingehen zu können, er hätte „im besten Sinne" gehandelt und Quarantänestationen für die Pest errichten müssen, auch sei er nur für zwei Monate des betreffenden Etats noch verantwortlich gewesen.

Auf den Ausgang darf man gespannt sein.

Bethmann-Hollwegsche Ausreden.

Die Offiziösen sind losgelassen, um Herrn Bethmann-Hollweg aus der peinlichen Klemme zu reißen, in die ihn der Angriff des Abg. Gothein wegen der Anwendung des Sprachenparagraphen und die nachdrückliche Unterstreichung dieses Angriffs durch den Genossen Ledebour gebracht hat. Der Herr Staatssekretär des Innern sieht offenbar ein, daß der Kurs seiner Versprechungen bei künftigen gesetzgeberischen Aktionen unter Null sinken muß, wenn er den Vorwurf, daß er den Reichstag bei der Beratung des Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz absichtlich getäuscht habe, nicht widerlegen kann. Und so hat er denn nach einigem Zögern die „Nordd. Allg. Ztg." mit der Aufgabe betraut, ihn herauszupauken.

Das Blatt der Regierung ist denn auch mit gewohnter Unbedenklichkeit an diese schwierige Aufgabe herangegangen. Es trifft „Feststellungen", daß sich die Balken biegen. Die Abgeordneten Graef und Müller-Meiningen, die in jener Debatte Anfragen wegen der Anwendung des Sprachenparagraphen auf die Gewerkschaften an den Staatssekretär stellten, sollen damals von vornherein die polnischen Gewerkschaften stillschweigend ausgenommen haben, weil das keine Gewerkschaften, sondern lediglich politische nationalpolnische Vereine seien. Und also habe der Staatssekretär diese Vereine ebenso selbstverständlich stillschweigend ausgenommen.

Es sind verzweifelte Fechterkunststückchen, mit denen das offiziöse Blatt den Staatssekretär vor der Anklage der absichtlichen Täuschung des Reichstages zu retten sucht. Sie werden zunichte, sobald die Dokumente, die stenographischen Berichte des Reichstages, sprechen, wie Genosse Ledebour in der Sonntagsnummer des „Vorwärts" gezeigt hat.

Besonders pikant wird die Affäre aber erst dadurch, daß nicht nur die berufsmäßige Offiziöse für Herrn Bethmann-Hollweg, sondern auch die freiwillig-offiziöse demokratische „Frankfurter Zeitung" ins Zeug legt. Ihr Berliner Korrespondent springt dem Staatssekretär wider den Freisinnigen Gothein bei

und „beweist“ frisch und munter, daß die Freisinnigen für den Sprachenparagraphen gestimmt haben, trotzdem sie wußten, daß die Gewerkschaften der Polen damit drangsaliert werden sollten! Wir wollen vorläufig nicht entscheiden, ob es für den Freisinn blamabler ist, daß er sich durch Bethmann-Hollweg täuschen ließ, oder daß er wissend der Ausnahmebehandlung der polnischen Gewerkschaften zustimmte. Das wesentliche ist zunächst, daß von freisinnig-demokratischer Seite eine Rettungsaktion für den Staatsvertreter gegen den freisinnigen Fraktionsgenossen Gothein unternommen wird — eine Rettungsaktion, der sich auch die „Freisinnige Zeitung“ anschließt, indem sie einen Auszug aus dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ wiedergibt, ohne ein Wort dazu zu sagen, und ihm eine Stelle aus dem oben angeführten Artikel der „Frankf. Ztg.“ anschließt.

Will etwa die freisinnige Fraktionsgemeinschaft im Reichstag den unbequemen Störer des Blockfriedens, den Abg. Gothein, abschütteln? Man darf auf die weitere Entwickelung der Affäre im freisinnigen Lager sehr begierig sein!

Zeugniszwang.

Gegen den verantwortlichen Redakteur des Handelsteiles des „Berliner Tageblattes“ ist ein Zeugniszwangsverfahren eingeleitet worden. Es handelt sich um die Mitteilung darüber, daß ein auswärtiger Geschäftsmann in Konkurs geraten sei. Der Geschäftsmann klagte, will den Verfasser der Notiz auf dem Wege der Zivilklage belangen und, um den Namen des Verfassers zu erfahren, wurde ein Verfahren gegen Unbekannt eingeleitet und der verantwortliche Redakteur als Zeuge vernommen. Für seine Weigerung, den Namen des Verfassers zu nennen, erhielt er zunächst eine Geldstrafe von 100 Mk.

Für besondere Verdienste um das Vereinsgesetz.

Das Gesetz- und Verordnungsblatt in München veröffentlicht die Verleihung des Großkreuzes des Verdienstordens der Bayerischen Krone an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Dr. v. Bethmann-Hollweg.

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte

ist von der Justizkommission des Reichstages nach dem Vorschlage der Regierung auf 800 Mark erhöht worden.

Die sächsische Wahl„reform“.

Die Regierungsvorlage des Grafen Hohenthal wurde mit 73 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Graf Hohenthal gab dann die Erklärung ab, daß er bereit sei, auf Grund des Eventualvorschlages an der Wahlreform mitzuarbeiten. Es wurde in die Abstimmung über die Einzelparagraphen eingetreten. Die Konservativen sind entschlossen, die Vorlage unter allen Umständen durchzudrücken. Sie lehnen alle Punkte der Vorlage ab, die eine Zweidrittelmajorität erfordern, weil sie eine Verfassungsänderung darstellten; so u. a. die Vermehrung der Wahlkreise auf 96, ferner die Gesamterneuerung des Landtages. Weiter wird auch die Wahlkreiseinteilung abgelehnt.

Interessant war die Äußerung des Regierungsrats Heink, daß an der Wahlkreiseinteilung der Direktor des Bundes der Landwirte Sachsens, Abgeordneter Schmidt, teilgenommen habe. — Es kam zu äußerst heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen. Die Annahme des Eventualvorschlages ist sicher.

Staats- und Gemeindehilfe für die Arbeitslosen.

Das System, durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu den Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, ist wohl nirgend so gut durchgeführt, als in Dänemark. Hier ist es zunächst der Staat, der den Arbeitslosenkassen, die sich den leicht zu erfüllenden Vorschriften über die Staats- und Gemeindezuschüsse anpassen, ein Drittel ihrer Unterstützungs- und Verwaltungsausgaben ersetzt. Als das Gesetz im April vorigen Jahres zustande kam, wurden zu diesem Zweck 250 000 Kronen aus Staatsmitteln bewilligt, für das laufende Budgetjahr aber sind es bereits 400 000 Kronen, die den Arbeitslosen zu gute kommen. Das ist für ein kleines Land mit nicht viel mehr als 2½ Millionen Einwohnern und einer Industriearbeiterschaft, die lange nicht so zahlreich ist wie die Berlins, eine verhältnismäßig hohe Summe. Dazu kommt, daß ja außerdem die Gemeinden noch ein Sechstel zu den Ausgaben der Kassen beitragen können, diese also, wo das geschieht, zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Erfreulich ist es, daß bereits eine große Anzahl Kommunen, nämlich solche, wo die Sozialdemokratie stark vertreten ist, von diesem Rechte Gebrauch macht. Wie der vom Staat angestellte Arbeitslosigkeitsinspektor mitteilt, haben bereits 11 Kommunen — darunter Kopenhagen, Frederiksberg, Aarhus, eine Anzahl Kleinstädte sowie auch einzelne Landgemeinden — den Maximalzuschuß bewilligt. 11 andere Kommunen haben sich an den Inspektor mit dem Ersuchen gewandt, für sie den Maximalzuschuß zu berechnen und drei Kommunen haben Zuschüsse bewilligt, die allerdings das gesetzlich zulässige Maximum nicht erreichen. Der Inspektor ist jedoch der Meinung, daß er nicht von allen Kommunen, die Zuschüsse bewilligt haben, Nachricht erhalten habe, so daß ihre Zahl tatsächlich noch größer sein wird. Übrigens fand vor einigen Tagen in Kopenhagen eine Konferenz von Bürgermeistern und Vertretern sämtlicher Provinzstädte Dänemarks statt, in der der Arbeitslosigkeitsinspektor verschiedene Aufschlüsse über die Anwendung des Gesetzes gab, und die schließlich einstimmig beschloß, sämtlichen Kommunen zu empfehlen, den anerkannten Arbeitslosenkassen den höchsten Zuschuß, den das Gesetz zuläßt, zu gewähren. Vier kleinstädtische Bürgermeister enthielten sich zwar der Stimme, doch offenbar nur, weil sie sich für ihre Gemeinden nicht zu dem Maximum des Zuschusses verpflichten wollten.

Die Arbeitslosigkeit gewinnt gegenwärtig in Kopenhagen, wie in ganz Dänemark, immer größeren Umfang. Über ihre Ausdehnung wird zurzeit vom Vorstande der dänischen Gewerkschaften eine allgemeine Umfrage veranstaltet. Die Stadt Kopenhagen hat bereits, außer den Zuschüssen zu den Arbeitslosenkassen, 250 000 Kronen außerordentliche Mittel zur Linderung der Not bewilligt. Bei den städtischen Unternehmungen sucht man soviel Arbeitslose wie möglich zu beschäftigen. Auch hat Kopenhagen von dem in diesem Frühjahr beschlossenen Gesetz über Staatsdarlehen zum Abriß und Umbau zu dicht bevölkerter, ungesunder Stadtteile Gebrauch gemacht und daraufhin beschlossen, ein altes Stadtviertel von mehreren Straßenzügen niederreißen zu lassen. Dadurch wird, wenn auch erst zum Frühjahr, eine große Anzahl Arbeiter Beschäftigung erhalten. Die ungeheuere Arbeitslosigkeit wird dadurch allerdings nur sehr wenig gemildert.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es keinem Menschen, der irgendwie auf Verdienst angewiesen ist, zu empfehlen, sich in Kopenhagen ansässig zu machen. Umsomehr muß es Aufsehen erregen, daß Kopenhagens Grundbesitzerverein durch Plakate an den Anschlagsäulen Berlins bekannt gibt, daß in der dänischen Hauptstadt 11 000 Wohnungen für billige Mieten zu haben seien, daß die Stadt viele Vergnügungen und hervorragende Kunstsammlungen biete, das Leben billig, die Abgaben gering, die hygienischen Verhältnisse vortrefflich seien. Die Arbeiter wie die Geschäftsleute Kopenhagens haben natürlich nichts dagegen, wenn wohlhabende Ausländer dahin kommen, um von ihrem Gelde zu leben. Aber es scheint, daß die Berliner Reklame der Hausagrarier Kopenhagens mit ihrer Anpreisung der „billigen“ Lebensverhältnisse auch auf andere Leute berechnet ist, und unter dieser Voraussetzung wird sie von unserem Bruderorgan „Socialdemokraten“ mit Recht als verwerflicher Bauernfang bezeichnet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 2. Dezember.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grützmühle.

Achtung Zimmerer! über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburger Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grützmühle in der Hafenstraße, Sielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! über die Sielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Über die Rechtsauskunftsstelle der vereinigten bürgerlichen Parteien unterhielt man sich gestern im Verein der Landbewohner. Es wurde nach dem Bericht des Amtsblattes beschlossen, die Rechtsauskunftsstelle auch ferner mit dem bisherigen Beitrag von 50 Mk. jährlich zu unterstützen. „Die Rechtsauskunftsstelle ist bekanntlich vor einigen Jahren von den bürgerlichen Parteien als Gegengewicht gegen das sozialdemokratische Arbeitersekretariat gegründet worden; es hat sich aber als ein Hindernis für die Entwicklung der Rechtsauskunftsstelle erwiesen, daß sie von politischen Parteien abhängig ist; die Sozialdemokratie findet hierin ein wirksames Mittel, die Arbeiter von der Inanspruchnahme dieser Auskunftsstelle abzuhalten. Sie soll daher schon in allernächster Zeit völlig unabhängig gemacht und lediglich durch freiwillige Beiträge erhalten werden, um nach einigen Jahren der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit angegliedert zu werden.“ — Es ist immerhin wertvoll, daß hier von bürgerlicher Seite nicht nur zugegeben, sondern besonders betont wird, daß die sog. Rechtsauskunftsstelle zur Untergrabung des Arbeitersekretariats ins Leben gerufen worden ist. Uns ist dies allerdings bekannt doch wurde das s. Z. bestritten, als man Senatsgelder zur Unterstützung des Instituts verlangte. Wenn die Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit die Rechtsauskunftsstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie übernehmen will, so mag sie das tun. Im liberalen Wahlverein wurde dieser Tage jedoch hervorgehoben, daß die Rechtsauskunftsstelle verstaatlicht werden soll; da würden die Steuerzahler denn doch auch noch ein Wort mitzusprechen haben. Dem Verein der Landbewohner sind wir dafür verbunden, daß er aus der Schule plapperte.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat November auf 719 (685), die der Besucher auf 770 (717). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 94 Personen. Auskünfte wurden erteilt 756 (719), darunter nach auswärts schriftlich 8 (5). Von den Besuchern waren organisiert 394 (368) Personen, und zwar gewerkschaftlich 251, politisch 11, gewerkschaftlich und politisch 132. Unter den verbleibenden 376 Nichtorganisierten befinden sich 113 Angehörige von Organisierten und 154 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 524 (507) männlich, 246 (208) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 713 (639); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 57 (76); Organisationen 0 (2). Aus Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 622 (567) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 47 (60), Oldenburg 57 (51), Mecklenburg 19 (8), Preußen 25 (30) und sonstwo 1 (1). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 173 (165), Arbeits- und Dienstvertrag 132 (117), bürgerliches Recht 153 (318), Strafrecht 42 (45), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 85 (43), Arbeiterbewegung 1 (2), Privatversicherung 8 (4), Handels- und Gewerbesachen 1 (10), Verschiedenes 31 (15). Von den Auskünften machten 165 (117) die Anfertigung von 182 (143) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 24 (26) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 131 (116) Postsendungen. Der 2. November zeigte mit 54 (38) die höchste, der 25. November mit 10 (7) die niedrigste Besucherzahl.

Agrarier und Arbeitslosigkeit. Die soziale Rückständigkeit der Agrarier unseres Freistaates kam gestern in der Versammlung des Vereins der Landbewohner in markanter Weise zum Ausdruck. „Besprochen wurde, nach dem Amtsblatt, die Frage der Arbeitslosigkeit und zum Ausdruck gebracht, daß in den Kreisen der Landwirtschaft mit den wirklich Arbeitslosen ebenso viel Mitleid herrsche, wie in allen anderen Kreisen der Bevölkerung. Aber man dürfe auch nicht vergessen, daß unter den Arbeitslosen auch sehr viele seien, die gar nicht arbeiten wollten, wenn ihnen dazu Gelegenheit geboten werde, sowie solche, die nur dann zum arbeiten geneigt seien, wenn ihnen ein bestimmter Lohn geboten werde. Hinter dem Geschrei von Arbeitslosigkeit stehe das Gespenst der Arbeitslosenversicherung, die aber hoffentlich nicht verwirklicht werden würde, da sie lediglich eine Prämienversicherung auf die Faulheit sein würde. Mindestens ein Drittel der augenblicklich beschäftigungslosen Personen könnte Arbeit finden, wenn sie nur arbeiten wollten. Es sei auch an der Zeit, daß endlich einmal gegen den Kontraktbruch der landwirtschaftlichen Arbeiter vorgegangen werde. Gegen diese Leute auf dem Wege der Klage vorzugehen, sei bei der Besitzlosigkeit der Arbeiter völlig zwecklos und daß eine Schuldhaft wieder eingeführt werde, daran sei wohl nicht zu denken. Es bliebe daher nichts anderes übrig, als daß sich die Landwirte selbst helfen, indem sie sich zu Arbeitgeberverbänden zusammenschlössen und nur solche Arbeiter beschäftigten, die ihr vorhergehendes Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig gelöst hätten.“ — In der gegenwärtigen Zeit der Krise, wo beispielsweise in Berlin fast 50 000 Arbeiter beschäftigungslos und dem Elend überliefert sind, von einem „Geschrei von der Arbeitslosigkeit“ zu sprechen, das klingt wie eine Verhöhnung der Ärmsten der Armen, die sich aus dem Munde von Leuten, denen die Zollpolitik auf Kosten der großen Massen reiche Vorteile verschafft, um so brutaler ausnimmt. Nur Reaktionäre, denen jegliches Gefühl für die Not und das Elend des Volkes fehlt und die ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse sind, können eine Arbeitslosenversicherung als Prämienversicherung auf Faulheit bezeichnen. Die Schuldhaft möchten die Herren Agrarier am liebsten wieder eingeführt wissen, um die besitzlosen Arbeiter ganz zu willenlosen Sklaven machen zu können. Und diese Agrarier sind die Verbündeten der Lübecker Liberalen!

Neuer Landrichter. Der Senat hat den Amtsrichter Dr. jur. Rudolph Carl Christoph Pabst zum Landrichter am Landgericht der freien und Hansestadt Lübeck und des Fürstentums Lübeck ernannt. Der Amtsantritt ist auf den 1. Januar 1909 festgesetzt.

Der liberale Parteisekretär Kuhn ist wieder da! Wir lesen in der „E.-Ztg.“: Der flüchtige Parteisekretär Kuhn, der in Dresden verhaftet wurde, ist Montag hier eingeliefert worden. Er war mit einem Schubtransport nach Hamburg befördert und von dort von einem hiesigen Kriminalbeamten abgeholt worden. Als Kuhn mit dem Beamten die Sperre am Bahnhof passierte, blickte er um sich, als sei nichts passiert. Er sah aber sehr reduziert aus. Wohl um sich unkenntlicher zu machen, hat er sich den Vollbart stehen lassen, der das magere Gesicht einigermaßen verdeckt. Ohne Paletot, der wohl irgendwo versetzt sein wird, nur mit einem kurzen Jackett bekleidet, wurde dann der Weg vom Bahnhof zum Marstall angetreten.

Konsumverein. Am Sonntag, den 29. November fand in Eutin bei Herrn Knickrehm eine Versammlung der dortigen Mitglieder des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H. statt. Dieselbe war nur mäßig besucht; das Interesse für den Verein muß in Eutin noch ein besseres werden. Der Geschäftsführer Gen. Henze erstattete den Geschäftsbericht für das verflossene Geschäftsjahr 1907/08; er konnte erfreulicherweise mitteilen, daß der Verein in diesem Jahre in Lübeck sowohl wie in Schwartau und Eutin an Mitgliedern und Umsatz bedeutend zugenommen hat. Der Mitgliederstand stieg von 1095 auf 1642, der Umsatz von 133 661,96 auf 313 002,72 Mk. Davon sind in Eutin 209 Mitglieder und ein Umsatz von 15 998,56 Mk. in 4 Monaten. Der Umsatz könnte noch bedeutend größer sein, wenn alle Mitglieder ihre Pflicht tun und ihre Waren in der Verkaufsstelle entnehmen würden. Es wurde dann noch beschlossen das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ den Mitgliedern durch die tätigen Mitglieder ins Haus bringen zu lassen. Es werden hierdurch hoffentlich die Mitglieder in nähere Fühlung miteinander, sowie mit dem Mitgliederausschuß kommen, um dadurch die Verkaufsstelle noch mehr in die Höhe zu bringen. — Für die Mitglieder in Schwartau und Rensefeld fand am 30. November bei Sternberg in Rensefeld eine Versammlung statt, dieselbe war gut besucht. Nachdem der Geschäftsführer Gen. Henze auch hier den Geschäftsbericht gegeben und die Bilanz erläutert hatte, stellte derselbe fest, daß auch hier der Verein gute Fortschritte gemacht habe. Die Mitgliederzahl ist von 191 auf 230 gestiegen. Der Umsatz betrug 62 775,30 Mk. Derselbe könnte auch hier noch größer sein, wenn die Mitglieder ihre Pflicht voll und ganz erfüllen würden. Auch die Sparkasse des Vereins wurde durch reichliche Einlagen zu einem guten Zweig unseres Vereins ausgebildet. Es wurden 19 221,51 Mk. eingezahlt und 4044,83 Mk. ausgezahlt. Möchten die Mitglieder diese segensreiche Einrichtung noch mehr als bisher benutzen, wenn sie einige Spargroschen haben und sich dadurch einen freiwilligen Notfonds schaffen. Es setzte sodann eine rege Diskussion über den Geschäftsbericht ein. Beschlossen wurde, den Mitgliedern das „Volksblatt“ durch die tätigen Genossen ins Haus zu bringen. Es werden sich hoffentlich noch viele Genossen dazu melden, damit auf den einzelnen nicht zu viel kommt. — Auch in Lübeck waren unsere Mitglieder am Sonntag tätig, indem 10 000 Broschüren gegen die geplante Umsatzsteuer in Lübeck verbreitet wurden.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag nachmittag 4 Uhr bei der alten Drehscheibe am früheren Eilgutschuppen. Dort spielten verschiedene Knaben. Einer davon setzte die Scheibe in Bewegung, wobei der Knabe H. Reimers, wohnhaft Lichte Querstraße 8, mit dem rechten Fuß unter die Räder kam. Der Fuß des bedauernswerten Kindes wurde zermalmt, so daß er vom Arzt bis zum Hacken abgenommen werden mußte. Da sich ein ähnlicher Unglücksfall bereits vor einiger Zeit dort ereignet hat, so ist es dringend nötig, die Drehscheibe, wenn sie nicht gebraucht wird, festzulegen, damit derartige betrübende Geschehnisse sich nicht wieder ereignen können.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Vom Flur des Hauses Königstraße Nr. 69 ist am gestrigen Vormittage ein Fahrrad Marke „Adler“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 35 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Fahrrad, welches noch gut erhalten ist, ist mit Freilauf und Rücktrittbremse versehen und führt die Fabriknummer 303 032.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Arbeiter Wittstock, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag abend 8 Uhr gelangt Friedrich Hebbels phantastische Komödie „Der Diamant“, welche mit so großem Beifall aufgenommen wurde, zum 2. Male zur Aufführung. Am Freitag geht die romantische Oper „Das Nachtlager in Granada“ von Conradin Kreuzer in neuer Einstudierung in Szene. In Vorbereitung befinden sich die beiden Lustspiele „Im weißen Rößl“ und „Als ich wiederkam“ von Blumenthal und Kadelburg.

Stadthallen-Theater. Morgen Donnerstag abend 7½ Uhr gelangt Aubers komische Oper „Fra Diavolo“ als erste Opern-Vorstellung in dieser Spielzeit zur Aufführung. Die Besetzung der Hauptpartien mit den Herren Göbel, v. Schenck, Hofmüller, Höttges und Haas, sowie den Damen Stretten und v. Neuendorff ist dieselbe wie im Neuen Stadttheater.

Schwartau. Der Sozialdemokratische Verein für Schwartau-Rensefeld hält am Donnerstag abend seine Versammlung im Gasthof Transvaal ab. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Malente. Gemeinderatswahl. Bei der Montag hier stattgefundenen Gemeinderatswahl siegte die Liste der vereinigten bürgerlichen Vereine, die sich Liberaler Wahlverein und Bürgerverein der Gemeinde Malente nennen.

Von 370 abgegebenen Stimmen, erhielten sie 177 bis 288 Stimmen. Die Liste des Arbeiter-Wahlvereins brachte es auf 129 bis 143 Stimmen. Außerdem war noch eine Liste aufgestellt, welche es auf 49 bis 71 Stimmen brachte. Es waren 477 Wähler eingetragen, hiervon übten 107 Wähler ihr Wahlrecht nicht aus.

Warnsdorf. Gemeinderatswahl. Montag nachmittag fand die Gemeinderatswahl für den Bezirk Ostratekan statt. An Stelle der ausscheidenden Mitglieder wurden berufen: Malermeister Brenier und Fischer Sick, beide in Niendorf (Ostsee), sowie Halbhufner Körner und Arbeiter Böbs, beide in Ovendorf.

Kiel. Freisinnige Unverschämtheit. Der Ärger der „Kieler Ztg." über den Reinfall ihres Chefredakteurs bei der Stadtverordnetenwahl macht sich noch immer in allerlei Unverschämtheiten Luft. Jetzt bringt das Blatt eine Statistik über die Stadtverordnetenwahlen, bei der es ohne weiteres folgert, daß die 40 Proz. Wahlberechtigten, die nicht gewählt haben, den Bürgerlichen zugehören, die Sozialdemokratie somit nur über etwa ein Drittel der Wahlberechtigten verfügt. Dann schreibt das Blatt wörtlich: „Diese Zahlen beweisen klar, wo die Bürgerschaft mit ihrer Agitation einsetzen muß. (Ein leichtes müßte es sein, das drohende Joch der Minderheit abzuschütteln, wenn die faulen Wähler gezwungen werden könnten, ihre Pflicht zu erfüllen! Dem vor einigen Jahren in einem städtischen Verwaltungsbericht zum Ausdruck gebrachten Standpunkt, daß die Mitarbeit der Arbeiterschaft im Stadtverordneten-Kollegium in mäßigen Grenzen selbst dann erwünscht sei, wenn dadurch eine Vertretung der sozialdemokratischen Elemente mit in den Kauf genommen werden müßte, können auch wir uns nur anschließen. Diese Grenzen dürften aber keinesfalls über den Anteil hinausgehen, den die Sozialdemokraten im Verhältnis zur gesamten wahlberechtigten Bürgerschaft darstellen, also zur Zeit höchstens ein Drittel der Stadtverordneten." Zunächst besitzt das freisinnige Blatt die Unverfrorenheit, von einem „drohenden Joch der Minderheit" zu schwafeln, während in Wirklichkeit die Sozialdemokratie die große Mehrheit bildet und nur künstlich durch die Zensuserhöhung in die Minderheit gebracht worden ist. Man hat von bürgerlicher Seite das „Joch der bürgerlichen Minderheit" durch die Zensuserhöhung konserviert. Und nun kommt das freisinnige Blatt und faselt von dem „drohenden Joch der sozialdemokratischen Minderheit", die in Wirklichkeit die Mehrheit ist. Das Blatt treibt aber seine freisinnige Unverschämtheit auf die Spitze, indem es schreibt: „Die Vertretung der sozialdemokratischen Elemente, wenn man sie schon in den Kauf nehmen müßte, dürfte keineswegs über die Grenzen des Anteils hinausgehen, den die Sozialdemokraten im Verhältnis zur gesamten wahlberechtigten Bürgerschaft darstellen, also zur Zeit höchstens ein Drittel der Stadtverordneten." Vor einigen Tagen noch hat das Freisinnsblatt heuchlerisch erklärt, der Freisinn sei nicht für die Zensuserhöhung gewesen, heute aber benutzt es das durch die Zensuserhöhung geschaffene Ziffernverhältnis der Wahlberechtigten, um danach der Sozialdemokratie ihre Vertretung zuzumessen, will also die faulen bürgerlichen Wähler für ihre Faulheit prämiiert und die fleißigen sozialdemokratischen Wähler für ihren Eifer bestraft wissen. Zur Begründung der Zensuserhöhung hies es, man müsse diejenigen Bürger begünstigen, die als Besitzende ein größeres Interesse am Gemeinwesen hätten, als die Arbeiter. Jetzt zeigt sich durch die Wahlabstimmung der Besitzenden, daß diese zum erheblichen Teil gar kein Interesse am Gemeinwesen zeigen. Jeder vernünftige Mensch wird nun zugeben müssen, daß, wenn das offenbarte Interesse am Gemeinwesen für die Verteilung kommunal-politischer Rechte maßgebend sein soll, diese Wahlabstinenten nicht noch besonders begünstigt werden dürfen. Aber der Freisinn ist gegenteiliger Ansicht. Bei ihm scheint tatsächlich keine Spur politischer Scham vorhanden zu sein. Um die Freisinnsherrschaft zu retten, stellt er die gesunde Vernunft auf den Kopf. Während der jahrelangen Alleinherrschaft der Bürgerlichen ist es ihm gar nicht eingefallen, darin ein schreiendes Unrecht zu sehen und zu verlangen, daß auch die Arbeiter im Verhältnis zu ihrer Stärke in der wahlberechtigten Bürgerschaft im Stadtverordnetenkollegium vertreten sein sollen. Kaum ist es den Arbeitern aber gelungen, sich durch eigenen Fleiß und Eifer, trotz der von den faulen Bürgerlichen errichteten Zensusmauer, eine Vertretung zu erkämpfen, da erwacht das „Gerechtigkeitsgefühl" des Freisinns, der nun verlangt, daß das „richtige Verhältnis" bei der Vertretung der Arbeiter innegehalten werden muß. Pfui Teufel über diesen heruntergekommenen Freisinn! Die Sozialdemokratie wird jederzeit bereit sein, der Einführung der Verhältniswahl zuzustimmen, allerdings unter Wegfall der Zensuswahl. Dann könnte die „Kieler Zeitung" sehr bald erfahren, wo die „Minderheit" und wo die Mehrheit ist und wie hoch der „Anteil" der Bürgerlichen, zumal des Freisinns, zu bemessen wäre. Geradezu köstlich ist die Freisinnsweisheit, die von Kiel aus in der Provinzpresse abgelagert wird. Da liest man: „In immer weiteren Kreisen gewinnt die Überzeugung Eingang, daß etwas geschehen muß, um die sozialdemokratische Hochflut einzudämmen. Es ist ein Widersinn, daß eine Partei, die 20 Wähler mehr auf die Beine bringt, 6 Sitze erhält, während den 6600 bürgerlichen Wählern kein einziger zufällt." Diesen „Widersinn" hat man, solange den Tausenden sozialdemokratischen Wählern kein einziger Wahlsieg zufiel und eine kleine Anzahl bürgerlicher Wähler den Bürgerlichen die Alleinherrschaft sicherte, jahrzehntelang ruhig mit angesehen, um ihn jetzt, wo die Sozialdemokratie die Bürgerlichen in die Pfanne gehauen hat, plötzlich als „unhaltbar" zu empfinden.

Wilhelmshaven. Linienschiff „Nassau" gesunken. Das im März d. Js. auf der Reichs-Werft vom Stapel gelaufene Linienschiff „Nassau" ist Sonnabend mittag im Werftbassin gesunken. Dampfer und Dampfspritze wurden sofort nach der Unfallstecke beordert, um das vollständige Sinken des Schiffes zu verhindern. Taucher sind damit beschäftigt, die Stellen, durch die das Wasser in das Schiff dringt, zu dichten. Der Unfall ist auf einen Baufehler am Bodenventil zurückzuführen. Bitter rächte es sich, daß seinerzeit die „Nassau" vom Stapel gelassen wurde, bevor sie vollständig mit den Panzerplatten versehen war. Durch die zahlreichen Nietlöcher drang das Wasser mit in das Schiffsinnere und veranlaßte das rasche Sinken. Zwei Hauptmaschinen, die bereits eingesetzt waren, dürften schwer in Mitleidenschaft gezogen sein. Menschen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Bislang war es unmöglich, das Wasser aus dem Raum zu entfernen. — Eine Meldung vom gestrigen Tage besagt: Das Leck am gesunkenen Linienschiff „Nassau" ist nunmehr durch Taucher gedichtet worden. Es gelang noch im Laufe des Tages, das Schiff zu heben und ins Dock zu bringen.

Wismar. Totschlag. Am Freitag fand in Zierow Erntebier statt, woran auch ein Schmiedegeselle aus Wismar teilnahm. Nach einem Gerücht kam es auf dem Erntebier zwischen diesem und anderen Personen zum Streit. Nach einer Weile erhielt der Schmiedegeselle plötzlich einen Messerstich, infolgedessen er bald darauf starb. Der Täter und die näheren Umstände sind bisher unbekannt. Das hiesige Amtsgericht war am Sonnabend zwecks Anstellung von Ermittlungen an Ort und Stelle. Als Täter wurde, wie wir noch vernehmen, ein 18jähriger Knecht Namens Hintz aus Wismar, welcher beim Gastwirt Hadler in Proseken bedienstet war und auch an dem Erntebier teilgenommen hatte verhaftet. Der Bursche, der sich aus dem Staube gemacht hatte, wurde nachher auf dem Heuboden gefunden, wo er sich versteckt hatte. Der Schmiedegeselle ist aus Malchin gebürtig.

Bremen. Die Bürgerschaftswahlen in Bremen haben vorgestern ihr Ende erreicht. Unsere Genossen haben das eine noch zu verteidigende Mandat mit großer Mehrheit behauptet. Wir haben bei der diesjährigen Wahl ein Mandat verloren. Die Arbeiterwähler verziehen infolge der fortgesetzten Verteuerung der Wohnungsmieten immer mehr aus dem Innern nach der Peripherie der Stadt. Dort haben wir auch fast sämtliche Mandate inne. — An Stimmen haben wir insgesamt 122 verloren. Das ist weit weniger, als man in Anbetracht der durch die „Liberalen" herbeigeführten Wahlrechtsverschlechterungen erwarten mußte. Die Bürgerlichen haben gegenüber den amtlichen Zahlen aus dem Jahre 1905 1103 Stimmen gewonnen. Hierbei ist zu beachten, daß die Bürgerlichen sich 1905 in einer Anzahl Bezirken überhaupt nicht an der Wahl beteiligt haben, wohingegen sie in diesem Jahre in allen Bezirken Kandidaten aufstellten. Es muß ferner berücksichtigt werden, daß alle Bremischen Beamten gezwungen sind, das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht zu erwerben und daß naturgemäß die bessersituierten Kreise der Bevölkerung die 16,50 Mk. zum Kauf des Wahlrechts leichter aufbringen können, als die Arbeiter. Die Gesamtzahl der sozialdemokratischen Stimmen beläuft sich auf 5790, die der Bürgerlichen auf 9324. Auf diese rund 5800 sozialdemokratischen Stimmen entfallen 8, auf die rund 9300 bürgerlichen Stimmen 18 Mandate.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der Freischütz", romantische Oper in 4 Akten von Weber. Zu den schönsten Werken der Opernliteratur gehört auch heute noch der „Freischütz". Die im besten Sinne des Wortes volkstümliche Musik übt ihren Zauber auf den Hörer in demselben Maße aus, wie zu der Zeit ihrer Entstehung. Das konnte man auch am gestrigen Abend wieder beobachten. Um die Wiedergabe der Oper bemühte sich eine Anzahl der besten Kräfte unserer Oper. Herr Kapellmeister Abendroth hatte die musikalische Leitung. Obwohl er die Vorstellung gewandt und umsichtig dirigierte, so machte sich doch bei ihm gelegentlich eine Neigung zum Verschleppen der Tempi bemerkbar, mit der wir uns nicht befreunden können. Herr Göbel sang den Max mit erfreulicher Sicherheit, doch hätten wir seinem Organ etwas mehr Glanz und Klangreiz gewünscht. Die schönen Mittel des Frl. Bartsch kamen in der Partie der Agathe wiederum vortrefflich zur Geltung. Als Ännchen bewährte sich Frl. Stretten in bester Weise. Den finsteren Kaspar gab Herr Höttges mit dem erforderlichen dämonischen Ausdruck im Gesang und Spiel. Die übrigen Rollen hatten in den Herren Fischer (Ottokar), Haas (Kilian), von Schenk (Kuno) und Röpner (Eremit) gute Vertreter. Die Regie hatte für eine möglichst unheimliche und wilde Wolfsschlucht gesorgt, wenn auch deren Schrecknisse dem Zuschauer gelegentlich ein Lächeln abnötigten. Zu ungetrübter Heiterkeit gaben jedoch die Schießszenen Veranlassung, in denen der Schütze auf der Bühne abdrückt, während einige Zeit später hinter den Kulissen der Schuß krachte. Es mutete das wie eine ulkige Parodie an. Das zahlreich erschienene Publikum spendete reichen Beifall. P. L.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Dienstag, 1. Dezember.

D. Westküsten, Kapt. Larsson, von Kopenhagen.
D. Livland, Kapt. Ehrtmann, von Riga.
D. Stockholm, Kapt. Dickow, von Königsberg.
Tarnborg, Kapt. Matzen, von Methil.
D. Stadt Lübeck, Kapt. Klingenberg, von Memel.
D. Meta, Kapt. Ehler, von Fehmarn.
D. Wiborg, Kapt. Karstedt, von Wiborg.
D. Aron, Kapt. Karlsson, von Malmö.

Schiffsbewegung.

Dienstag, den 1. Dezember.

D. Anneliese ist Dienstag vormittag in Pillau eingetroffen.

D. Linnea ist Montag abend in Helsingfors eingetroffen.

D. Hansa ist Dienstag vormittag in Libau eingetroffen.

D. Arcona ist Dienstag mittag in Königsberg eingetroffen.

D. Luba ist Dienstag nachmittag in Wismar eingetroffen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Beamtenverein und Eisenbahner-Verband.

Eine rege Tätigkeit scheint der Beamtenverein unter den Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn zu entfalten, denn es fand am letzten Sonnabend schon wieder eine Versammlung des genannten Vereins in der „Flora" statt, in der Herr Sekretär Schoor das Referat übernommen hatte. Derselbe sprach zunächst über die großen Unterstützungen, die der Verein seinen Mitgliedern bei Unglücks- und Todesfällen gewährt und wies besonders auf das große Vermögen hin, welches die Mitglieder schon zusammengebracht hätten, wozu auch gesammelte Zigarren- und Bleiabfälle mit beitragen helfen. Aber die Förderung besserer Lohn- und Dienstverhältnisse scheint der Verein nicht zu betreiben, denn davon wurde auch nicht eine Silbe erwähnt und es war aus diesem Grunde auch nicht rechte Stimmung unter den 28 Anwesenden vorherrschend. Es wäre jedenfalls zu wünschen, daß sich der Verein mit solchen Angelegenheiten hauptsächlich beschäftigen würde, denn die Gehälter und Dienstverhältnisse lassen bei den Beamten in mancher Hinsicht noch viel zu wünschen übrig. Wie man aber seitens der Direktion bestrebt ist, hierin Abhilfe zu schaffen beweist so recht die Antwort, welche den Beamten auf ihr Gesuch im vorigen Jahre von der Direktion zuteil wurde. Pflicht der Beamten müßte es sein, sich einem Verbande anzuschließen, der zunächst die Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse zu fördern sucht und das ist hier der Verband der Eisenbahner Deutschlands. Derselbe gewährt seinen Mitgliedern gleichfalls Unterstützungen im weitgehendsten Maße nach allen Richtungen hin und hat zugleich das Bestreben, die Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse so viel wie möglich zu fördern, was bei den jetzigen teuren Lebensmittelpreisen u. dgl. wohl die Hauptaufgabe mit sein muß. Was nützen denn allein die Unterstützungen nach dem Tode der Mitglieder, wenn der Verdienst bei Lebzeiten so knapp bemessen ist, daß sie mit ihrer Familie nicht einmal ein angenehmes Dasein führen und den an sie gestellten Anforderungen nicht gerecht werden können. Sie sind denn manchmal gezwungen, sich einem Wucherer oder dgl. hinzugeben. Von diesem Mißgeschick sind am meisten die unteren Beamten und Eisenbahnarbeiter betroffen, und gerade sind es auch wieder diese Leute, die bei Lohnaufbesserungen am wenigsten oder garnicht bedacht werden und müssen deshalb die Eisenbahnarbeiter und -Beamten doppelt darauf bedacht sein, einen Weg zu finden, wodurch es ihnen möglich ist, ihre Lebenslage zu verbessern. Dieser Weg aber ist gegeben durch Eintritt in den Verband der Eisenbahner Deutschlands. Kollegen! Als einzelne Person steht ihr mit euren Forderungen, und wenn sie auch noch so gering und bescheiden sind, immer machtlos da, darum schließt euch zusammen und tretet Mann für Mann dem Verbande bei, damit ihr euren Forderungen mehr Nachdruck verleihen könnt und somit eure traurige Lage etwas verbessert. Ist doch gerade der Dienst des Eisenbahners noch der längste und somit auch der schwerste, und wie ist die Bezahlung für diese Arbeit? Leider muß immer wieder betont werden, daß diese noch eine der schlechtesten mit ist. Darum schafft euch erst bessere Lohn- und Dienstverhältnisse. Möge jeder dem Verbande beitreten und nicht eher ruhen, bis der Letzte der Organisation zugeführt ist, erst dann wird es euch möglich sein, eure Lage zu verbessern. F.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Man kann ihn nicht verdrängen, den echten Kathreiners Malzkaffee,

denn seit nahezu 20 Jahren hat er sich bewährt als bestes Familiengetränk.
Kathreiners Malzkaffee enthält keine gesundheitsschädlichen Bestandteile! — Ueberall erhältlich!
In ganzen, halben und viertel Paketen, das Viertel-Paket **10** Pfennig.

Man achte aber darauf, daß Kathreiners Malzkaffee nur echt ist in geschlossenen Paketen mit Bild und Namenszug des Pfarrers Kneipp und der Firma „Kathreiners Malzkaffee-Fabriken".

Gebr. **Sofa**, gut aufgearb., **Chaiselongue**, neu, sonst 36 Mk., jetzt 25 Mk.
H. Niemann, Tapezier, Marlesgrube 64.

Schaukelpferd, Puppenstube oder -Küche und einige **Spielsachen** zu kaufen gesucht. Angeb. unt. **R T** an die Exped. d. Bl.

Ein neues engl. **Schlafzimmer** mit echtem Marmor und Spiegelaufsatz billig zu verk.
Karpfenstraße 24.

Säcke billig zu verkaufen.
Rabenstraße 20.

Rohrstühle werden sauber und billig ausgeflochten. Näheres in der Exp. d. Bl.

Maurerarbeiten
werden gut ausgeführt, kleinere ohne Arbeitsmann. Angeb. unt. **M B 55** an die Exped.

Schneiderin empfiehlt sich
Travelmannstraße 49, II.

Willi Westfehling
Uhren, Gold- und Silberwaren.
Uhren- und Goldwaren-Reparaturwerkstatt.
40 Holstenstrasse 40.

Von heute ab bis auf weiteres:
Prima Lammfleisch
(Jährlingslämmer) **per Pfund nur 60 Pfg.**
Keule und Rücken 70 Pfg.
Jobs. Ratze jun., Fleischhauerstraße 60.
Fernruf 1481.

Komitee- u. Kommissionssitzungen

V. & A.

Sitzung am Donnerstag,
abends 8¾ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Allen Verwandten und Bekannten für die vielen Kranzspenden bei dem Hinscheiden unseres kleinen Georg sagen unsern herzlichsten Dank. **Carl Kruse und Frau.**

Ein möbliertes Zimmer
Hartengrube 30.

Sauberes heizbares möbliertes Zimmer mit 1 oder 2 Betten zu vermieten
Schützenstraße 58, II.

Zu mieten gesucht zum 1. April 1909 **eine Wohnung von 2—3 Zimmern,** am liebsten kl. Haus mit Garten vorm Tor.
Off. u. **L 1** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Januar oder 1. April **6—7000 Mk. 2. Geld nach 18000 Mk.** Mietertrag 2020 Mk.
Anneb. u **G H** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu Ostern **ein Bäckerlehrling** unter günstigen Bedingungen und **ein junger ehrlicher Knecht** bei gutem Lohn. Letzterer event. auch früher.
L. Klatt, Schwartau, Markt 19.

Zu kaufen gesucht **4 Wagenräder oder alter Kinderwagen.**
Off. u. **G F** an die Exped. d. Bl.

Helbings

Getreide- Kümmel

ff. Doppel-Kümmel, alte Kornbranntweine, Import von Rum und Kognak.
Helbigs extra feine Likköre
Cherry Brandy, Grün Pfeffermünz, Curacao, ff. Punsche.
Dampfkornbrennerei u. Presshefefabriken A.-G. (vorm. Heinr. Helbing) Wandsbek-Hamburg.
Filialen:
Berlin Georgenkirchstraße 5. **Frankfurt a. M.** Niddastraße 74.
Niederlagen:
Bremen, Dresden, Harburg.
Lübeck:
G. Sahlmann, Mühlenstr. 41-43.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote hubeca-Marken.

Herren-Sohlen und Absätze	Mk. 2.70
Damen-Sohlen und Absätze	„ 1.80
Kinder-Sohlen und Absätze v. Mk. 1.— an	

J. VOSS, Hüxstraße 90.

Schneiderin empfiehlt sich
in und außer dem Hause.
Fischtingstraße 35, II.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck).

Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, d. 3. Dezbr.
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Kandidaten zur 18. Generalversammlung.
2. Beschlußfassung über die Weihnachtsunterstützung.
3. Bericht der Tarifkommission.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Versammlung
am Donnerstag, den 3. Dezember 1908.

! ZUR AUFKLÄRUNG !

ERSTENS:	ZWEITENS:	DRITTENS:
Bitten wir genau auf unsere Marke **PALMIN** zu achten, da oft andere Fabrikate mit ähnlichen Namen unterschoben werden.	darf gesetzlich nur von uns allein **PALMIN** hergestellt werden. Andere Fabrikate mit ähnlichen Namen sind Nachahmungen.	trägt jedes Paket auf blauem Grund das Wort **PALMIN** und den Schriftzug Dr Schlinck in roter Schrift als besondere Erkennung.

H. Schlinck & Cie Mannheim
Alleinige Produzenten von Palmin.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle** Schmiedestr. 20.

Kleinmotorwagenrennen, veranstaltet v. d. Zeitung „Auto" 1908.
Traum der Schutzleute. — Im Banne der Bachusdämpfe.
Die Musterfrau ! ! !

Bauernsohn u. Zigeunermädchen
Der LiebeSturm u. Sonnenschein
Missetat eines Lebemannes
Zur Einwilligung gezwungen.
4 wunderbare Dramen.

Das Barometer der Eheleute. — St. Kilda. — Des Anglers Glück. — Der Steinbrecher. — Moderner Walzer.
Briefmarkensammlung, kol. **Die Direktion.**

Hansa-Halle
Groß. Verkegeln
von fetten Gänsen u. Karpfen
am Donnerstag, den 3. Dezbr.
Hierzu ladet ergebenst ein **C. Kühn.**

Neu-Lauerhof.
Heute Donnerstag
Gr. Verschiessen und Ausspielen
von fetten Gänsen.
Anfang morgens 10 Uhr.

Sie erhalten Lubeca-Rabattmarken

Neue Ernte!

Auserlesene, gutbrechende **Hülsenfrüchte,** grüne, gelbe und geschälte **Erbsen, Linsen,** weiße und gelbe **Bohnen** empfiehlt billigst
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Der Mietskontrakt ist abgelaufen!

Um in der kurzen Zeit das Lager vollständig zu räumen, wird von heute ab ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert

zu jedem annehmbaren Preis

verkauft.

In grosser Auswahl vorrätig:

Spottbillig! .·. Herren-Jackett-Anzüge .·. Spottbillig!
.·. .·. Gehrock-Anzüge .·. .·.
Spottbillig! Herr.-Paletots Herr.-Lod.-Jopp. Spottbillig!
Burschen- und Knaben-Anzüge
Spottbillig! .·. Gummimäntel etc. etc. .·. Spottbillig!

Riesen-Ausverkauf

für Herren- und Knaben-Garderoben
Königstr. 113, Ecke Aegidienstr.
Nähe der Mühlenstrasse.

Spart Zeit, Arbeit, Geld!
Das **Waschmittel der Zukunft!**
Persil
Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche.
Garantiert chlorfrei und unschädlich.
Millionenfach erprobt.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf

Weibliche Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins

Versammlung
am Donnerstag, 3. Dez.,
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Gustav Ehlers** über: „Kinderausbeutung und Kinderschutz".
2. Abrechnung von der „Gleichheit".
3. Verschiedenes.

Die Vertrauensperson.

Ausspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
— auf einem Ziehbillard —
am Sonntag, den 6. Dezbr.
Anfang morgens 11 Uhr.
Hierzu ladet freundlichst ein
Otto Martienssen, Lindenstr. 13.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

Versammlung
am Donnerstag, 3. Dez.,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52
Der Vorstand.

Einladung zum Ball
der Korntäger-Korporationen
am Donnerstag, den 3. Dez. 1908,
im Lokale des Herrn Borgwardt,
„Central-Hallen".
Oeffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Ende morgens.
Eintritt 1 Mark. **Der Vorstand.**

Panorama
Breitestraße 53, I., im Flügel.
Vom 29. November bis 5. Dezember
Königswinter Siebengebirge mit Umgebung.

Hansa-Theater
Nur bis 6. Dezember
Das neue Programm.
Vorverkauf bei **Sager** bis 5 Uhr.

Stadthallen-Theater
Donnerstag, 3. Dez., abends 7½ Uhr:
Fra Diavolo.
Komische Oper von Auber.
Vorverkauf **täglich 11—1 Uhr im Stadthallen-Theater** sowie in den bekannten Stellen: Nagel, Markt 14, und Roß, Mühlenstraße 19.

Neues **Stadt-Theater** Kassen-Telephon Nr. 298.

Donnerstag 8 Uhr. Mittel-Preise.
Voll-Abonn. 61. Donnerstag-Abonn. 9.
Der Diamant von Friedr. Hebbel.
Freitag 7½ Uhr. **Große Preise.**
Voll-Abonn. 62. Freitag-Abonn. 10.
Das Nachtlager in Granada Op. v. Kreutzer.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 282. Mittwoch, den 2. Dezember 1908. 15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

„Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 1. Dezbr. 1908.

173. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Bethmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung der Gewerbeordnungsnovelle.

Die Debatte wird fortgesetzt bei dem gestern mitgeteilten § 137 (Verbot der Nachtarbeit für Arbeiterinnen) und den dazu gestellten, ebenfalls bereits mitgeteilten Anträgen. Neu eingegangen sind konservative Anträge auf Beschränkung des Wöchnerinnenschutzes auf sechs Wochen nach der Niederkunft und auf Streichung des Verbots der Frauenarbeit in Kokereien und beim Bau

Erzberger (Z.): Die Verschlechterungsanträge der Freisinnigen passen wenig zu der pomphaften Ankündigung des Herrn Mugdan, daß die Sozialpolitik energisch fortgesetzt werden solle. In die Kommission zog erst mit dem Erscheinen des Staatssekretärs der reaktionäre Geist ein. (Sehr gut! im Zentrum.) Geradezu unverständlich ist der Widerstand der Konservativen gegen den Schutz der verheirateten Frauen, die doch das Rückgrat des Familienlebens bilden. Herr Schack tritt hier geradezu als Totengräber der Sonntagsruhe ein. Um weitergehende Verschlechterungen zu verhüten, haben wir unseren Vermittlungsantrag gestellt, der für gewisse Fälle eine achtstündige Beschäftigung der Frauen am Sonnabend gestattet. Wir bitten dringend, diesem Antrag zuzustimmen. (Beif. i. Zentr.)

Molkenbuhr (SD.): Leider hat das Zentrum selbst Verschlechterung der Kommissionsbeschlüsse beantragt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle die Einwände, die gegen unseren Antrag auf schrittweise Einführung des Achtstundentages vorgebracht werden, sind schon vor zwei Menschenaltern in England erhoben worden und haben bereits damals glänzende Widerlegungen nicht bloß von Sozialisten, sondern auch von gemäßigten Liberalen wie Macular gefunden. Heute ist man sich in England darüber einig, daß gerade auf dem weitgehenden Arbeiterschutz die Stärke der englischen Industrie beruht. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Gerade auf der Verwendung körperlich und geistig zurückgebliebener Arbeiter beruht die Schwäche unserer deutschen Industrie. Begnügt sich das Gesetz, einen Zehnstundentag festzusetzen, so bringt es keinen wirklichen Fortschritt, sondern nur eine Dekoration gegenüber dem praktischen Leben. — Auf das allerschärfste protestieren wir gegen die gestrige unqualifizierbare Behauptung des Abgeordneten Schack, daß wir mit unseren Anträgen Reklamezwecke verfolgen. Wir beantragen im Gegenteil weniger als wir wünschen, um das Zustandekommen einer Mehrheit für unsere Anträge zu erleichtern. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nicht um Parteireklame handelt es sich bei uns, sondern um das Wohl der deutschen Arbeiter und damit der deutschen Industrie. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Schack (Wirtsch. Vgg.): Die Sozialdemokraten regen sich ja sehr über meine harmlose Bemerkung auf. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Das Zentrum, das doch selbst Verschlechterungsanträge gestellt hat, sollte keine Vorwürfe gegen uns erheben. — Redner verteidigt einen soeben von seiner Fraktion gestellten Vermittlungsantrag, wonach die Beschäftigung verheirateter Frauen am Sonnabend nur 7 Stunden betragen darf.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß die konservativen Anträge zurückgezogen seien. (Bravo! im Zentrum.)

Stresemann (Natl.): Abg. Pachnicke (Freis. Vgg.) und Abg. Freiherr Heyl zu Herrnsheim polemisieren gegen Erzberger und Molkenbuhr und gegen die Beschränkung der Arbeitszeit verheirateter Frauen am Sonnabend auf 6 Stunden.

Dr. Fleischer (Zentr.) rühmt die „praktische" Sozialpolitik des Zentrums gegenüber der Sozialdemokratie und empfiehlt gleich Erzberger den Vermittelungsantrag seiner Partei. Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden alle sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Abgelehnt wird ferner der Antrag Schack (Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen am Sonnabend auf 7 Stunden), obwohl Sozialdemokraten, Polen, Zentrum und Wirtschaftliche Vereinigung dafür stimmen. Die Feststellung des Bureaus wird mit Unruhe aufgenommen.

Angenommen wird der Antrag Fleischer (Z.) (Gestattung der achtstündigen Sonnabendarbeit, soweit die Weiterarbeit anderer Arbeiter dadurch bedingt ist), im Hammelsprung mit 129 gegen 127 Stimmen. Das Zentrum und der größte Teil der Rechten stimmen dafür.

Angenommen wird ferner der Antrag Ablaß (Freis.) auf Streichung der besonderen Verkürzung der Sonnabendarbeit für verheiratete Frauen. Die Abstimmung findet ebenfalls durch Hammelsprung statt und ergibt die Annahme mit 137 gegen 127 Stimmen. Der Block mit Ausnahme des freisinnigen Abg. Träger stimmt geschlossen dafür.

Im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse unverändert angenommen.

§ 137 a ist von der Kommission neu dem Gesetze eingefügt. Er verbietet die Überweisung von Arbeit außerhalb des Betriebes an Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter, soweit diese die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch beschäftigt waren, gestattet aber die Überweisung, falls die Betreffenden kürzere Zeit beschäftigt waren, bis zum Umfang der Durchschnittsarbeit. Für Sonn- und Festtage ist die Überweisung generell verboten. — Bei Zuwiderhandlungen soll die Polizeibehörde nach Anhörung der Arbeitgeber und Arbeiter bei einzelnen Betrieben die Überweisung beschränken dürfen.

Dazu beantragt Abg. Behrens (WVg.) da, wo sie bestehen, die ständigen Arbeiterausschüsse zu hören.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (SD.) beantragen Verbot der Überweisung von Arbeit außerhalb des Betriebes an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter ohne irgendwelche Beschränkungen oder Ausnahmen.

Albrecht (SD.): Die Mitgabe von Arbeit nach Hause macht die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung illusorisch. Darüber sind sich alle sozialpolitisch einsichtigen Gewerbeinspektoren klar. Wir begrüßen das Prinzip des § 137a, können aber die Fassung nicht billigen. Die gestatteten Ausnahmen heben den sozialpolitischen Fortschritt zum großen Teil wieder auf. Wollen Sie die Schutzbestimmung wirksam machen, so nehmen Sie unseren, wenn ich mich nicht irre, zuerst vom Zentrum eingebrachten Antrag an. Der Block kann hier einmal wieder zeigen, ob es ihm ernst ist mit der Fortführung der Sozialpolitik. (Bravo! bei den Soz.)

Stresemann (NL.) verteidigt die Hausarbeit, erklärt aber, daß seine Fraktion vorläufig und unter Vorbehalt endgültiger Stellungnahme bei der dritten Lesung für die Kommissionsfassung stimmen werde.

Die Abgg. Wagner-Sachsen (K.), Schack (Wirtsch. Vg.), Manz (FVp.) geben entsprechende Erklärungen ab.

Unter Ablehnung des Antrags Albrecht wird die Kommissionsfassung nebst dem Antrag Behrens angenommen.

§ 138 a gibt der unteren Verwaltungsbehörde Vollmacht, den Arbeitgebern Ausnahmetage bis zu 40 im Jahre zu gewähren, an denen die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre bis 9 Uhr abends außer am Sonnabend erfolgen darf, sofern die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden nicht überschreitet und die Ruhezeit nicht weniger als 10 Stunden beträgt. Ferner sollen Arbeiterinnen, die kein Hauswesen zu besorgen haben, und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, unter gewissen Umständen auch am Sonnabend nach 5 Uhr, jedoch nicht über 8 Uhr hinaus beschäftigt werden.

Die Abg. Albrecht und Genossen (SD.) beantragen Streichung der letzten Bestimmung und Herabsetzung der Ausnahmetage von 40 auf 30.

Stresemann (NL.) begründet seinen Antrag auf Erhöhung der Zahl der Ausnahmetage von 40 auf 60.

Hoch (SD.): Der Antrag Stresemann ist umso überflüssiger, als die folgenden Paragraphen für Naturereignisse und Unglücksfälle besondere Ausnahmen vorsehen. Mit der Gewährung solcher Ausnahmen reizt man die Unternehmer nur, aus ganz nichtigen Gründen um Erlaubnis zu Überstunden nachzusuchen; daß man ohne Überstunden im allgemeinen ganz gut auskommt, zeigt sich in den Orten und Betrieben, wo starke Zuschläge für Überstunden von den Arbeitern durchgesetzt sind. Die Überstunden nehmen dann in ganz auffälliger Weise ab oder verschwinden sogar völlig. (Hört! hört! b. d. Soz.) Diese Überstunden machen ferner, wie Gewerbe-Inspektoren oftmals festgestellt haben, jede Kontrolle unmöglich. (Beifall b. d. Soz.)

Schack (Wirtsch. Vag.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein, desgleichen

Erzberger (Z.), welcher dringend bittet, den Verschlechterungsantrag Stresemann nicht anzunehmen.

Unter Ablehnung der Anträge Albrecht (gegen Sozialdemokraten und Polen) und Stresemann (gegen Nationalliberale und Konservative) werden die Kommissionsbeschlüsse unverändert angenommen.

Die Überschrift des Art. 1 beantragen die Abgeordneten Albrecht (SD.) und Gen. zu fassen wie folgt: „Besondere Bestimmungen für Betriebe, für die" statt „in denen" in der Regel mindestens 5 (statt 10) Arbeiter beschäftigt werden.

Molkenbuhr (SD.) begründet den Antrag. (Es handelt sich nicht um eine redaktionelle Fassungsfrage, sondern darum, der Ausdehnung der Heimarbeit einen Riegel vorzuschieben, und die von der Kommission vorgeschlagene Fassung fördert geradezu das Zwischenmeistersystem. Die Festsetzung der Ziffer auf 10 schränkt die Zahl der Arbeiter, die den Schutz dieses Gesetzes genießen, ganz erheblich ein und wir bitten daher um Annahme unseres Antrages. (Bravo! bei den Soz.)

Die Abg. Trimborn (Z.) und Dove (F. Vg.) bekämpfen den Antrag Albrecht.

Molkenbuhr widerlegt die Einwände der Vorredner. Unter Ablehnung des Antrags Albrecht wird die Kommissionsfassung angenommen.

§ 135b verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren. Kinder unter 14 Jahren, die nicht zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, dürfen nicht über 6, junge Leute zwischen 14 und 16 dürfen nicht über 10 Stunden beschäftigt werden.

Die Abg. Albrecht u. Gen. (SD.) beantragen, die letzten Bestimmungen auf junge Leute bis zu 18 Jahren auszudehnen.

Pfeifer (Z.) beantragt, daß Handwerkslehrlinge unter 14 Jahren über 6 Stunden beschäftigt werden dürfen.

Stadthagen (SD.) begründet den sozialdemokratischen Antrag unter Hinweis auf den in England schon seit 1833 bestehenden Zustand.

Frl (Z.) befürwortet den Zentrumsantrag im Interesse des Handwerks.

Erzberger (Z.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, stellt aber für die nächste Zeit einen Zentrumsantrag auf Einführung des allgemeinen Zehnstundentags für Arbeiter in Aussicht.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird der Paragraph in der Kommissionsfassung angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Verfassungsanträge.)

Schluß 6 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Ortskrankenkassen und Sozialdemokratie. Die Hetze gegen die Ortskrankenkassen, wie sie namentlich von der „Arbeitgeberzeitung" betrieben worden ist, hat bisher keinen Erfolg gezeitigt. Die erhobenen Anklagen über sozialdemokratische Mißwirtschaft haben sich als völlig haltlos erwiesen. Das muß jetzt selbst einer der Hauptscharfmacher, Kommerzienrat Menck, zugeben, der eine Zuschrift an die Deutsche Arbeitgeberzeitung richtet, der wir einige Stellen von allgemeiner Wichtigkeit entnehmen: „Es wird immer von den großen Mißständen in den Ortskrankenkassen gesprochen und es sind auch eine Anzahl Einzelfälle an die Oeffentlichkeit gebracht sieht man aber genauer hin, so macht es den Anschein, als wenn diese Anklagen überwiegend aus den Kreisen unzufriedener Krankenkassenärzte und unzufriedener Krankenkassenbeamten stammen. In der vom Reichsamt des Innern berufenen Konferenz forderten die anwesenden

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(20. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Nun, wer es auch getan hat," rief Fluth erregt, „wenn der Schuft ein Unglück angerichtet hätte, — dann, Herr Staatsanwalt, würde ich gegen das hohe Gericht selbst einen furchtbaren Prozeß angestrengt haben."

Seydel lächelte trübe und wiegte nachdenklich den ernsten Kopf.

„Ich fürchte, die Sache Claasens wird mir und manchem anderen eine schwerwiegende Lehre geben," sagte er. „Es ist wahr, man besitzt viel zu viel Beamtendünkel; man glaubt, es sei unmöglich, einen Fehlgriff zu tun, sobald die Akten scheinbar schlagende Tatsachen und Beweise zeigen. Was haben Sie noch in Leipzig ausgerichtet, Herr Fluth?"

„Die seltsamsten, verborgensten Dinge der Welt habe ich aus dem Staube der Vergangenheit ans Licht der Gegenwart gezogen; und siehe da, die Gegenwart bot mir die fehlenden Glieder zu einer langen Kette, die ich vervollständigen werde. Hören Sie, Herr Staatsanwalt, wie ich suchte und fand. Also ich habe in Leipzig meine geheimen Verbündeten, — auch erst durch List und Vorsicht an mich gelockt. Sie wissen doch selbst, Herr Staatsanwalt, wie man sich den Kopf zerbrochen hat, irgend einen Anhaltspunkt für das Vorleben der ermordeten Schauspielerin Marietta Goladtka zu finden. Bis jetzt blieb alles dunkel, um sie herum und über sie."

Fluth berichtete nun von Anfang an seine Erlebnisse und Enthüllungen in Leipzig. Mit steigender Überraschung hörte Seydel an, mit welcher Mühe, Ausdauer und Scharfsichtigkeit dieser kluge Detektiv zu Werke gegangen war und welche wichtige Tatsachen der Vergangenheit er erfahren hatte.

„Und wissen Sie, was ich dann schließlich herausbrachte, nach langem Bohren und Forschen? Die Großmutter der ermordeten Schauspielerin lebt in Leipzig! Den wahren Namen der Toten hatten wir ja glücklich heraus, und wenn sich auf den Aufruf hin auch niemand gemeldet hatte, so hielt ich es doch für möglich, daß noch irgend ein Familienmitglied existierte. Man weiß ja, — pardon! — wie wenig die meisten Menschen sich nach einer näheren Beziehung mit dem hohen Gerichte sehnen. Ich begann also zu suchen und kam darauf, die Kirchenbücher der fraglichen Gemeinde zu durchstöbern. Und siehe da! Ich fand! Die Großmutter der Verstorbenen lebt und heißt Frau Baronin Poschinger.

„Alsbald machte ich ihr meinen Besuch, und nun will ich Ihnen von diesem Besuch erzählen, Herr Staatsanwalt.

„Ich klingelte an der Entreetür einer vornehmen ersten Etage. Ein Frauenzimmer öffnete mir, dessen Erscheinung mich sofort an eine Krähe erinnerte; die Person hatte Augen wie ein Raubvogel, und ich bekam Angst, daß sie lesen konnte, was in den Tiefen meiner Westentasche steckte, so bohrte sie ihre Blicke in mich hinein. Ich bat sie, Frau Baronin Poschinger zu ersuchen, mir eine Unterredung zu gewähren, da ich sie in einer wichtigen Angelegenheit sprechen möchte. Natürlich ließ sie mich auf meinen simplen Namen Fluth hin abweisen. Ich aber bin von zäher Ausdauer. Ich beharrte auf meiner Bitte, und zum zweiten Male trabte der Hausdrache zu seiner Herrin zurück, um mir nach einer Weile zu melden, daß Frau Baronin bitten ließe. Ein aus grauer Zeit übrig gebliebenes Ahnenbild schritt mir entgegen, als ich in den Salon trat: eine schlanke, feine Gestalt mit einem Gesichte, daß trotz der vielen Runzeln des Alters das anmutvolle Lächeln einstiger Jugend festzuhalten sich bestrebte. Es ist mir noch nie ein so auffallender Widerspruch in einer Erscheinung entgegengetreten, wie in dieser Großmutter. Das Äußere war alt, ehrwürdig, ja greisenhaft, das Wesen ein fortwährendes Ringen um die Reize entschwundener Jugend. Nach der ersten Viertelstunde wußte ich, daß ich alles, was ich wissen wollte, aus ihr herauslocken konnte, wenn ich ihrer Eitelkeit huldigte. Es blieb mir nichts anderes übrig, als den Zweck meines Besuches soweit zu verraten, daß ich sie um die Liebenswürdigkeit bat, mir beizustehen in einer schwierigen Angelegenheit. Ein paar schmeichelhafte Redensarten über ihre Persönlichkeit usw. stimmten sie günstig gegen mich. Und so begann ich zuerst mit aller Vorsicht, sie über ihre Familie auszufragen, freilich so, daß sie kaum ein Ausforschen argwöhnen konnte. Zudem bemerkte ich schnell, daß ich es mit keiner außergewöhnlich schlauen Alten zu tun hatte. Aber ich bekam anfangs nicht viel zu hören, was mich interessieren konnte. Sie kramte den ganzen vermoderten Ahnenschatz vor mir aus, mit einem Stolze, als ob es sich um lauter epochemachende Geistesheroen gehandelt hätte. Ich mußte sie also langsam auf das jetzige Geschlecht hinführen und fragte völlig harmlos: „Und Sie, Frau Baronin, sind die einzige noch lebende Vertreterin dieses edlen und offenbar durch Schönheit ausgezeichneten Geschlechtes?" Da hätten Sie das bezaubernde Lächeln der alten Kokette sehen sollen! Mit keinem Worte hätte ich mich schneller in ihr Vertrauen einschleichen können! „Jetzt oder nie!" dacht ich bei mir; ich mußte eine äußerste Kühnheit wagen unter dem Deckmantel größter Unbefangenheit.

„„Gestatten Sie mir eine Frage, Frau Baronin,' schoß ich los, ‚hatten Sie nicht eine Enkelin, die sich Marietta Goladtka nannte und mit ihrem wahren Namen Maria Normann hieß? Es handelt sich nämlich darum, einige Erkundigungen über diese — leider verstorbene — Enkelin einzuziehen. Man sagte mir, daß Sie, Frau Baronin, mir wohl Auskunft über die Dame geben könnten?"

„Kaum war mir diese Frage entflohen, als die Dame sich aufrichtete, mit der weißen Hand über die Tischdecke hinfuhr, als ob sie dort etwas fortwischen wollte: ihr süßlächelndes Gesicht verzerrte sich förmlich, sie kniff die Augen ein und sagte eisig: „Diese Enkelin hat nie für mich existiert, mein Herr, da ihre Mutter, eine Freiin von Poschinger, meine Tochter, eine Mesalliance machte, indem sie einen bürgerlichen Kaufmann heiratete."

„Ich kann mir lebhaft vorstellen, wie das Sie gekränkt haben muß, Frau Baronin.

„Ich weiß nicht, ob sie die Ironie aus meinem Ton heraushörte.

„Und dieser Kaufmann war der Vater Ihrer Enkelin, Fräulein Normann?"

„Jawohl, ich habe viel gelitten um mein eigen Fleisch und Blut."

„Alte Schwindlerin," dachte ich empört; als ob ich die Phrase glauben könnte aus dem Munde eines Weibes, das sich aus alberner Adelsmarotte niemals um die leibliche Enkelin gekümmert hatte, die mutterseelenallein in der Welt stand!

„Ich will offen zu Ihnen sprechen, Frau Baronin," sagte ich entschlossen, weil ich merkte, daß ich auf diese Weise nicht zu Ende kam; „der Name Goladtka war der Bühnenname Ihrer Enkelin, nicht wahr?"

Sozialdemokraten stürmisch die Vorlegung von Belegen für die erhobenen Anklagen und es konnten keine gebracht werden mit der einen Ausnahme, daß in einer Krankenkasse der Vorstand den Beamten die Teilnahme an der Maifeier gestattet hatte. Da bürgerliche Kassenvorstände wohl nichts Schlimmes darin sehen würden, den Kassenbeamten die Teilnahme an der Sedanfeier zu gestatten, so handelt es sich in diesem Falle gar nicht um einen Krankenkassen-Mißstand, sondern um eine politische Demonstration. Wenn man berücksichtigt, daß in der Konferenz keine mit Belegen ausgestatteten Anklagen gegen die Ortskrankenkassen vorgelegt werden konnten, und andererseits eine große Anzahl von Arbeitgebern, welche in den Vorständen der Ortskrankenkassen sitzen, diese Kassen in der entschiedensten Weise in Schutz nahmen, so muß man zugeben, daß es mit den Mißständen in den Ortskrankenkassen allzuarg vielleicht doch nicht ist."

Die Gewerbegerichtswahlen in Berlin, die am Sonntag, 29. November, zum ersten Male nach dem Proportionalwahlsystem vollzogen wurden, wiesen eine gewaltige Beteiligung auf. Es waren 70 Vertreter der Arbeiter zu wählen. Abgegeben wurden 83 197 Stimmen. Davon erhielten:

Freie Gewerkschaften	75 865
Gruppe Wiesenthal	525
Hirsch-Dunckersche	3 832
Christliche	2 768
Technische Angestellte	207

Damit entfallen auf die freien Gewerkschaften 65 Beisitzer, Hirsch-Duncker und Christliche 2. Bei den Wahlen der Arbeitgeber sind den freien Gewerkschaften 16 Mandate zugefallen.

Die Arbeitslosigkeit. Bei der am Sonntag in Magdeburg von Haus zu Haus vorgenommenen Arbeitslosenzählung wurden 2796 Arbeitslose gezählt, von denen 1417 verheiratet sind. Einschließlich der 2819 Kinder haben insgesamt 7032 Personen unter den Folgen der Arbeitslosigkeit zu leiden.

Die „betriebssichere" Grube. Auf Zeche Merlenbach der Grube Saar und Mosel ist der königliche Bergmeister, der die Grube noch vor wenig Tagen für absolut betriebssicher erklärt hatte, nach einer erneuten Inspektionsfahrt betäubt worden und mußte zu Tage gefördert werden. So mußte es kommen!

Mitleid mit den Bergleuten haben die — ostelbischen Gutsbesitzer. Der Dortmunder „Arb.-Ztg." liegt folgender Brief vor:

Gr.-Guie bei Kl.-Guie, 16. November 08.
(Ostpreußen.)

Herrn Bergmann . . . . .

Es hat den Anschein, als ob das Unglück, das so viele tüchtige Bergarbeiter betroffen hat, viele Arbeiter veranlassen wird, wieder zu der landwirtschaftlichen gesunden Arbeit zurückzukehren. In hiesiger Gegend würden 20—25 Familien, weil ein Arbeitermangel hier herrscht, dauernde, lohnende Arbeit in festem, jährigem Dienstverhältnis finden können.

Ich wende mich an Sie, da ich Ihren werten Namen in der Zeitung lese und wihle (will) Ihnen dankbar sein, wenn Sie mir umgehend antworten, ob es sich bewahrheitet, daß dort Arbeitsnot herrscht und bei vielen die Lust, sich der segenbringenden, gesunden Landarbeit zuzuwenden.

Achtungsvoll
W. Gutzeit, Gutsbesitzer.

Das Schreiben ist ebenso lehrreich wie interessant. Wenn bei den ostelbischen Gutsbesitzern jetzt im Winter und zur Krisenzeit noch Arbeitermangel herrscht, dann kann man Schlüsse ziehen auf die dort herrschenden Zustände.

Zum Streik auf Grube Saar und Mosel. Die lothringer Tagespresse, allen voran die katholische Zeitung „Der Lothringer", hetzen in der infamsten und niederträchtigsten Weise gegen die Streikenden und suchen die öffentliche Meinung systematisch zu fälschen. Unterm 26. Nov. schreibt „Der Lothringer" aus dem Streikgebiet:

„Bedauerliche Vorfälle werden aus Spittel von der dortigen Streikbewegung gemeldet. In aller Form bestand ein Komplott mit dem Endzweck, eine Schachtanlage durch Dynamit zu zerstören. Schulkinder brachten die Sache rechtzeitig zur Anzeige. Bei einer sofort vorgenommenen Haussuchung wurden zahlreiche Dynamitpatronen entdeckt. . . . Die Wohnung des Bergwerksdirektors wurde bestürmt und mit Steinen beworfen; an verschiedenen Stellen wurden Dynamitpatronen angelegt und teilweise zum Explodieren gebracht. Einer der Ausständigen hat einen Revolverschuß auf einen Betriebsführer abgefeuert und ist sofort verhaftet worden. Sieben Bergleute, bei denen Sprengstoffe gefunden worden sind, befinden sich ebenfalls im Arrest."

An dieser schauderhaften Tartarennachricht ist auch nicht ein wahres Wort. Die Streikenden verhalten sich einfach mustergültig und befolgen peinlich die Anweisungen ihrer Führer, was sogar von der „St. Johanner Volksztg.", einem Zentrumsblatt, dem wahrhaft niemand Gewerkschaftsfreundlichkeit nachrühmen kann, lobend anerkannt wurde. Die Bergleute sind über diese schamlose systematische Fälschung der öffentlichen Meinung aufs tiefste empört und stempelten in zwei öffentlichen Versammlungen den „Lothringer" als ein gemeines Lügenblatt. Wie wenig Gefahr für den Direktor und die Beamten besteht, beweist wohl am besten, daß Direktor und Streikende mit ein und demselben Zug zwischen Karlingen, Spittel und Merlenbach fuhren, ohne im geringsten belästigt zu werden. Dasselbe kann man von den Beamten und Gendarmen den Streikenden gegenüber nicht sagen; so gehen sie im Gegenteil mit aller Rücksichtslosigkeit gegen die Streikposten vor. Am 28. d. Mts., morgens, wurde am Bahnhof Froschweiler der Bergmann Berg von einem Gendarm in den Unterschenkel geschossen, daß er zusammenbrach und krank daniederliegt! An demselben Morgen feuerte der Schachtheuer und Streikbrecher Meyer am Bahnhof Merlenbach seinen Revolver auf die Streikenden ab, ohne zu treffen! Die Streikbrecher Gräser und Emmig schossen am 27. d. Mts. morgens am Karlsbrunnenweg auf zwei Streikposten! Auf der Spittelerstraße fragten zwei Streikende einen Streikbrecher: „Kamerad, wo gehst Du hin?" Der Streikbrecher zog einen Revolver und nahm dann Reißaus! Als die Streikenden dem Schießhelden nachsetzten, wurden sie von einem Förster an der Verfolgung gehindert, der drohte, sie niederzuschießen!! Am 26. d. Mts. abends kam der Bergmann Due in Merlenbach am Kasino vorbei, wo ihm zwei Steiger und zwei Gendarmen begegneten. Ein Gendarm rief: Halt! Hände hoch! und hielt dem Due den Karabiner vor die Brust!! Der andere Gendarm untersuchte den Mann nach Waffen, und als er nichts fand, sagte der Gendarm: Machen Sie, daß Sie im Laufschritt nach Hause kommen, sonst jagen wir Ihnen einige blaue Bohnen nach!! An demselben Abend ging ein anderer Bergmann mit seiner Frau auf dem Wege nach dem Bahnhof spazieren, wo ihnen der Gendarm Kümpf begegnete und ihnen „im Namen des Gesetzes" den Weg verbot! Den Mann nahm der Gendarm Kümpf dann mit ins Beamtenkasino, wo bei ihm eine Leibesvisitation nach Waffen vorgenommen wurde! Ein Grubenbeamter meinte, man sollte auch die Frau visitieren, was jedoch unterblieb. Dem Arbeiter wurde mit der Ausweisung gedroht! So behandelt man im „Rechtsstaat" Deutschland Bergleute, die, um Leben und Gesundheit zu schützen, in einen Verzweiflungskampf getrieben wurden. Der Staat, der die Armen schützen soll, schickt seine Gendarmen hinaus, um die Arbeiter ins alte Elend hineinzutreiben. Wie auch der Verzweiflungskampf dieser Ärmsten der Armen enden mag, er hat wieder einmal gezeigt, daß Deutschland in der Welt voran geht — in der Ausbeutung und Entrechtung der Arbeiterschaft.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Polizei als Hindernis. Die 29jährige Prostituierte Greimer in Halle hatte, um ein neues Leben zu beginnen und ihr Brot künftig ehrlich zu verdienen, in einer Seifenfabrik Arbeit genommen. Als sie aber die Beschäftigung aufnehmen wollte, gab man ihr die Papiere wieder mit dem Hinweise, die Polizei habe nachgefragt und da sei man zu der Ansicht gekommen: „Solche könnte man nicht beschäftigen." Die Unglückliche, die mit der unerlaubten Entfernung aus dem „Freudenhause" die verwerflichen Kontrollbestimmungen verletzt hatte, wurde nun vom Schöffengericht noch zu vier Wochen Haft verurteilt.

Zum Kapitel Leutenot. Ein widerliches Bild feudalen Herrenrechts entrollte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Koburg am letzten Dienstag. Ein Bild, das neben den trostlosen Zuständen in der Gesindebehandlung in Ostelbien würdig bestehen kann. Aber zugleich auch ein Beitrag zur Frage der Landarbeiterflucht wurde in dieser Verhandlung geliefert. Man kann es so recht nachfühlen, daß die Landarbeiter lieber in den dumpfen Fabriksälen arbeiten, als sich solch viehischer Behandlung — wie der Amtsanwalt sich ausdrückte — auszusetzen. Angeklagt war der Rittergutsbesitzer Johann Vetter in Molkenbrunn. Auf seinem Gut war die Taglöhnersfamilie Herbig beschäftigt, die zugleich in der Arbeiterwohnung des Gutes hauste. Der Sohn der Familie war Knecht bei Vetter. An einem Sonntag vormittag gegen 10 Uhr kam Vetter in die Wohnung der Herbigs, um den Sohn zur Arbeit zu holen. Dieser war jedoch nicht anwesend. Die Frau, die mit anderer Arbeit beschäftigt war, lehnte das Ansinnen Vetters, ihres Sohnes Arbeit zu verrichten, ab. Hierauf faßte Vetter die Frau an der Brust und schleuderte sie an die Wand. Sodann bedeutete er ihr, innerhalb acht Tage die Wohnung zu räumen. Zwei Tage später erschien Vetter wieder in Herbigs Wohnung, stellte die Frau abermals zur Rede, faßte sie an der Brust und schlug an der sich wehrenden Frau das Mangelholz, mit dem diese arbeitete, in Stücke. Er brachte ihr damit eine klaffende Wunde am Kopf und einen Schlag am linken Arm bei; aber noch nicht genug damit, der vornehme Rowdy schleuderte die 48jährige Frau mit solcher Gewalt gegen die Wand, daß sie am rechten Ellbogen eine schwere Wunde davontrug. Nicht genug, die Frau schwer mißhandelt zu haben, bedrohte er sie auch, indem er ihr zurief: „und wenn Du verreckst, krüppeliger Hund, das ist mir ganz egal." Und dann hängt der vornehme Herr mit seinem Sohn sämtliche Türen und Fenster aus, wirft die Möbel der Familie Herbig durcheinander und wirft die Leute, die ihm zur Arbeit gerade gut genug waren, förmlich hinaus. Das Aushängen der Türen und der Fenster will er im Auftrage (?) des Gendarmen Piek getan haben, der gleichfalls einen Auftrag gehabt haben will. Von wem, ist nicht bekannt geworden. Die Frau befindet sich schon zehn Wochen in Behandlung des Medizinalrats Florschütz, der, trotzdem Vetter angibt, die Frau simuliere, unter Eid aussagt: Die Verletzung sei eine sehr schwere und könne er noch nicht feststellen, wie lange die Behandlung noch dauern werde. Die Verletzungen sind solche schwere, daß selbst der Amtsanwalt mildernde Umstände versagt. Und das Urteil! Es lautet auf zwei Monate und eine Woche Gefängnis und Tragung der Kosten. Für eine solch rohe Tat zweifellos viel zu gering. Was hätte wohl Herbig bekommen, wenn er dieselbe Tat an der Frau des Vetter begangen hätte? So glauben Gutsherren ihre Arbeiter behandeln zu müssen, und dann wundern sie sich, wenn sie keine Leute bekommen.

Verurteilte Pseudogräfin. Die Strafkammer in Dresden verurteilte die Pseudogräfin Sturza nach langer Beratung wegen vollendeten und versuchten Betruges, sowie wegen Führung des falschen Titels Gräfin zu vier Jahren Gefängnis, sechs Wochen Haft und fünf Jahren Ehrverlust. Die Haftstrafe und vier Monate Gefängnis werden durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt.

Drei Tage Gefängnis für ein Menschenleben. Beim Neubau der Betriebswerkstätten im Augsburger Bahnhof stürzte im September ds. Js. ein mit dem Aufziehen von Balken beschäftigter, 21 Jahre alter Zimmerer ab und starb nach wenigen Minuten. Der Unfall war durch die Fahrlässigkeit des Zimmermeisters Schelle entstanden, der es an den vorgeschriebenen Sicherheitsvorkehrungen fehlen ließ. Schelle hatte sich dieserhalb am Montag vor dem Landgericht Augsburg zu verantworten. Dem Angeklagten wurde nachgewiesen, daß er sich grobe Verstöße gegen die Bauarbeiterschutzbestimmungen zuschulden kommen ließ. Das Gericht verurteilte den Mann, der durch seine Schlamperei ein Menschenleben auf dem Gewissen hat, zu drei Tagen Gefängnis!

Der Mann seiner Tochter. Die Bromberger Strafkammer hatte sich mit einer eigenartigen „Eheirrung" zu beschäftigen. Der Arbeiter Thomas Wolland aus Schwedenhöhe wanderte im Jahre 1885 nach Amerika aus und ließ lange Zeit bei den Seinen nichts von sich hören. Er galt schließlich als verschollen und wurde für tot erklärt. Vor fünf Jahren traf er in Amerika mit seiner später ausgewanderten zwanzig Jahre alten Tochter zusammen und heiratete sie. Im vergangenen Sommer kehrte er mit seiner „Frau" in die deutsche Heimat zurück, wo die Behörden nach kurzer Zeit die sonderbare Verbindung zwischen Vater und Tochter entdeckten und das Paar verhafteten. Die Tochter wurde bald wieder entlassen, während der Vater sich vor der Strafkammer zu verantworten hatte. Er behauptete, nicht gewußt zu haben, daß seine „Frau" seine Tochter sei, fand jedoch mit dieser Angabe keinen Glauben und wurde zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Bürgerliche Justiz. Das mittelfränkische Schwurgericht in Nürnberg verhandelte am Freitag gegen den 29jährigen verheirateten Tagelöhner Duersch von Lauf, der wegen Austritt aus einer Gewerkschaft von seinen Mitarbeitern angeblich schikaniert worden sein soll, und bei der darauf entstehenden Auseinandersetzung den Arbeiter Koch erstochen hat, wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode. Obwohl die Zeugen bekundeten, daß kein Akt der Notwehr vorgelegen hat, wurde Duersch freigesprochen.

Aus Nah und Fern.

Mißgeschick des Köpenicker Hauptmanns. Nachdem der Köpenicker Hauptmann bei seiner Tournee durch Deutschland mit seiner Schaustellerrolle wenig Glück gehabt hatte, wandte er sich nunmehr nach dem Auslande. Wie es heißt, hat sich der frühere Schuhmacher Voigt nach Venloe begeben, um sich dort zur Schau zu stellen. Aber auch die dortigen Behörden zeigten wenig Verständnis für seine Absicht. Voigt wurde von der Grenzwache verhaftet und soll über die Grenze nach Deutschland zurückgeschafft werden.

17 000 Mark im Eisenbahncoupee gefunden. In der Eisenbahnwerkstatt zu Wittenberge an der Berlin-Hamburger Bahn fand am Sonnabend ein Sattler, der mit Reparaturarbeiten eines Eisenbahnwaggons beschäftigt war, im Polster eines Abteils zweiter Klasse 17 000 Mark in Kassenscheinen. Der genannte Betrag setzt sich nach den „Hamb. Nachr." aus Tausend- und Hundertmarkscheinen zusammen und ist vorerst bei der Wittenberger Stationskasse hinterlegt worden. Der Wagen ist zwischen Berlin und Hamburg gelaufen und ist dieser Tage zu Reparaturarbeiten ausgesetzt worden. Die gewiß nicht unbeträchtliche Summe kann schon lange an dem ungewöhnlichen Ort gelegen haben, um so mehr, da bei den zuständigen Dienststellen ein solcher Verlust nicht gemeldet wurde. Sehr naheliegend ist es, daß es sich hier um ein Diebstahlsobjekt oder um eine veruntreute Summe handelt, die ein Defraudant während der Fahrt zunächst in dem bekanntlich herausziehbaren Gefäß verstaute und nachher nicht die nötige Gelegenheit hatte, ungesehen seine Habe in Sicherheit zu bringen. Aber schließlich wäre es ja auch nicht das erstemal, daß ein so bedeutendes Verlustobjekt aus diesem oder jenem Grunde erst reklamiert wurde, nachdem es als gefunden gemeldet war.

Eisenbahnunglück. Der Expreßzug Lüttich—Tournai stieß in der Station Charleroi infolge Nebels auf einen leeren Personenzug. 17 Personen wurden verletzt.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt.
1. Dezember.

Der Schweinehandel verlief mittelmäßig.
Zugeführt wurden 4400 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 67—68 Mk., leichte 65—66 Mk., Sauen 58—65 Mk. Ferkel 61—64 Mk. pro 100 Pfund.

Briefkasten.

Schwartau. 1906 erhielten die sogenannten Ordnungsparteien 238—249 Stimmen, während auf unsere Kandidaten 198—207 Stimmen entfielen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtliche in Lübeck.

Sie neigte den Kopf mit einem Ausdruck von Bestürzung, als fürchte sie meine Fragen.

„Haben Sie von dem tragischen Ende Ihrer armen Enkelin gehört?"

Da zog sie die Unterlippe verächtlich vor, sagte aber nichts. In dem Glauben, daß ihr nichts davon bekannt sei, erzählte ich ihr von der Ermordung und dem zweimaligen, vergeblichen Aufruf an die Verwandten des Mädchens.

„Und woher wissen Sie von alledem?" fragte sie statt aller Antwort.

„Mir war zumute, als müßte ich ihr meine Entrüstung ins Gesicht schleudern, doch hielt ich an mich."

„Die Zeitungen," erwiderte ich, „haben sich doch genügend mit dem traurigen Fall beschäftigt."

„Einen Augenblick schien es mir, als ob sie mit einer weichen Regung kämpfte, die das Schicksal der verstoßenen Enkelin in ihr hervorrief; doch das starre Vorurteil hatte ihr Herz mit Eis gepanzert, denn sie erwiderte nach einem nachdenklichen Schweigen: „Ich las den Skandal, aber ich wollte, — ich mußte den Namen Poschinger reinhalten von jedem Flecken. Deshalb blieb ich taub gegen den Aufruf, der mir den furchtbaren Tod meiner Enkelin verkündigte; ich fürchtete einen neuen Skandal: denn — wo war ihr Gatte?"

„Ihr Gatte, gnädige Frau?" rief ich aus, förmlich zurückprallend vor Überraschung über diese Frage. „Ihr Gatte? War denn Ihre Enkelin verheiratet?"

Auch der Staatsanwalt war ganz betroffen von dieser Nachricht.

„Bei Gott, das klingt unglaublich," sagte er im Tone höchsten Staunens.

„Ich war anfangs auch sprachlos darüber und glaubte, das alte Ahnenbild wollte mir einen Roman erzählen.

„Und wer war der Gatte der unglücklichen Dame, Frau Baronin?" war meine erste Frage, nachdem ich mich von der Überraschung erholt hatte.

„Stand und Name des Mannes habe ich nie erfahren. Und die Tatsache, daß das Kind meiner entarteten Tochter diese Heirat ängstlich geheimhielt, bestärkte meine Furcht vor einer neuen Skandalgeschichte: wer weiß, welche untergeordnete Persönlichkeit ihr Gatte war! Mir graute davor, das zu erfahren! Der Aufruf an die Angehörigen meiner Enkelin nach deren Tode war mir nur ein Beweis, daß meine Ahnung mich schwerlich betrogen haben konnte: wenn der Mann nicht gestorben war, dann war es sicher ein Schuft, der sie im Stich gelassen hatte und irgendwo in der weiten Welt sich herumtrieb.

„Eine Pause entstand. Ich mußte nach dem, was ich vernommen hatte, meine Gedanken sammeln, denn ich hatte noch manches zu erfahren.

„Und darf ich fragen, Frau Baronin, woher Sie dieses befremdliche Geheimnis erfuhren, da Sie doch jede Verbindung mit Ihrer Enkelin gelöst hatten?" begann ich wieder.

Sie spielte nervös mit ihren schlanken Fingern. Die Sache schien sie trotz der zur Schau getragenen Kälte dennoch aufzuregen.

„Woher ich es wußte?" wiederholte sie, während es um ihre Lippen eigentümlich zuckte; „ich erfuhr, daß Maria unter ihrem neuen Namen hier in Leipzig gastierte. Natürlich — Sie können sich vorstellen, daß ich trotz der Entfremdung, die uns trennte, ein gewisses Interesse für meine aus der Art geschlagene Enkelin hegte."

„Hier konnte ich mich eines Spottlächelns nicht erwehren," schaltete der Detektiv ein; „soviel Teilnahme bei soviel Herzlosigkeit!" hätte ich fast laut gesagt; doch ich schwieg.

(Fortsetzung folgt.)

Sprache unserer, dem Kapitalismus geopferten Arbeitsbrüder, hören wir auf sie und handeln wir demgemäß, so ehren wir unsere Toten auf das höchste und würdigste, und tun alles, im Interesse der Lebenden, um deren Leben und Gesundheit zu schützen, um den wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Aufschwung aller zu fördern und die endgültige Befreiung der Arbeit vorzubereiten.

Arbeiterfrauen, hört den Ruf!
Beachtet ihn und handelt danach!

Das Frauenstimmrecht in Viktoria.

In Viktoria, das mit Queensland zu den ältesten englischen Kolonien in Australien gehört, besaßen die Frauen bisher das aktive Wahlrecht für die Kommunalwahlen. An den Wahlen zum Bundesparlament der sechs australischen Kolonien (außer Neuseeland) konnten sie sich sogar aktiv und passiv beteiligen, nicht aber an den Wahlen zum Staatsparlament. Schon 1873 wurde die erste Frauenstimmrechtsbill im Parlamente eingebracht und abgelehnt. Ein 1884 gegründeter Frauenstimmrechtsverein entfaltete nun eine rege Agitation und sorgte dafür, daß im Unterhaus in jedem Jahre ein Antrag auf Gewährung des Frauenstimmrechts zur Debatte stand, immer wachsende Zustimmung und schließlich einstimmige Annahme fand. Ebenso regelmäßig aber wurde er vom Oberhaus, das nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgeht, abgelehnt. Die Unverschämtheit dieses Verfahrens — schreibt „The Woman Worker" — stand in der Verfassungsgeschichte geradezu einzig da. Niemals hat eine Volkskammer in irgend einem Lande unter gleichviel welchen Umständen die Schmach ruhig hingenommen, daß eine einstimmig beschlossene Maßnahme so oft von „anderer Stelle" verworfen wurde. Die Macht der öffentlichen Meinung hat sich aber schließlich doch so nachdrücklich bekundet, daß das Oberhaus nachgab und kürzlich eine Bill durchgehen ließ, die den Frauen künftig gestattet, sich an den Staatswahlen zu beteiligen.

Allerlei Wissenswertes.

Vom Reden und Zuhören

schreibt W. Schmidt im Kunstwart: Manch einer kommt mit der Sprache nicht recht zugange, und manch einem reißt die Geduld beim Zuhören. Bei dem einen ist das nicht immer ein Zeichen von Gedankenstille und bei dem andern handelt es sich nicht immer um die Unfähigkeit, sich mit dem Verarbeiten des Gehörten zu beschäftigen. Es trifft sich eben nicht allemal, daß der Erzähler und der einzelne Zuhörer von passender Art sind, und es kommt ja auch das Interessengebiet in Frage. Aber in wie vielen Fällen kann man bei Zuhörern, die ganz gescheite Menschen sind, Ungeduld wahrnehmen, wenn der Erzähler seinen Stoff nicht gar schlank verarbeitet. Sie lassen sich von dem stockigen Wortlaut reizen, helfen nach oder fallen mit unpassenden Fragen ein, während der Erzähler den Fortlauf der Gedanken und Worte für sich abwägt. Wo beide einen Genuß haben könnten, erweckt so der ungeduldige Zuhörer Ärgernis und gerade das, dem er abhelfen will: wirkliche Stockung. Es ist merkwürdig, wieviel Gewicht die meisten auf den „Fluß" einer Rede legen. Wenn die Redner fließend sprechen, so beweist das nur eins von zweien: entweder, daß sie ihre Sache auswendig gelernt haben, oder aber, daß sie mit Gedanken hantieren, die an der Oberfläche bereit liegen, die nicht erst aus den Tiefen heraufdrängen und gesichtet und verarbeitet sein wollen. Denkende Menschen müssen doch erst eines zum andern holen, prüfen, wieder ausscheiden, und während sie dieses aussprechen, schon jenes andere, das da vorausgaloppiert, einzuholen suchen, mit anderem verbinden und wieder prüfen, in Form kleiden und dabei das schon Gesagte im Kopfe behalten. Vergleiche man mit diesem Vorgang eine Rede, die das Fertige nur herunterrappelt, oder eine andere, die alles durcheinanderhaspelt, was da herangeflogen kommt. Ich meine, dann müßte man erkennen, daß es die Vernunft verlangt, eine bedacht vorgebrachte Rede, die Hand und Fuß hat, nicht durch Ungeduld zu stören. Wer Zuhörer ist, hat sich dadurch dem Sprechenden willig zu zeigen, daß er über das Gehörte nachdenkt, besonders dort, wo der einzelne zum einzelnen spricht. Phantasiestarke Menschen mit sonderartigen Gedankengängen finden ja selten Zuhörer, die sich so sympathisch zeigen, daß sie zu Vertrauten werden, es braucht, um diesen meist wortkargen Besonderen zu folgen, viel Feinfühligkeit. Aber das wissen wir bereits und wissen auch, daß den seltenen Zuhörern solch seltener Menschen ihr Eingehen auf das Seltene belohnt wird. Etwas Eigenes hat ja fast ein jeder, und gerade dieses Eigene spricht sich nicht gewandt, nicht „flüssig" aus. Deshalb werden dem klugen und geduldigen Zuhörer sehr oft die „Stockenden" unter den Rednern zum mindesten im Zwiegespräch mehr als die „Fließenden" bieten.

Die Untersuchung verunreinigter Fabrikluft.

Die Untersuchung der Luft in Fabrikräumen auf ihren Staubgehalt und bezüglich der gasförmigen Verunreinigungen wird vielfach und zwar auch in Deutschland noch nicht mit jener Sorgfalt und Genauigkeit durchgeführt, die das hygienische Interesse fordert. Es klafft hier entschieden eine Lücke zwischen den in der Theorie wohlerkannten Mißständen und den praktischen Schritten zu ihrer Bekämpfung. Die ausführenden Organe ermangeln, wie der „Gesundheitsingenieur" in einem von Professor Hahn-München verfaßten Aufsatze ausführt, zum Teil der nötigen Ausbildung, zum Teil fehlt ihnen das genügende Interesse. Auch sind oft die nötigen Laboratoriumseinrichtungen nicht vorhanden. Diese letzteren sind nun auch verhältnismäßig recht kompliziert, zum mindesten mit Hinblick auf den notwendigen Transport an Ort und Stelle. Eine sehr geeignete Vorrichtung für Untersuchungen von der in Frage stehenden Art ist der von W. Sedelbauer konstruierte Aspirator, der durch geringes Gewicht und Volum leicht transportabel ist und entweder mit Akkumulatoren oder mit direktem Strom betrieben werden kann. Die Vorrichtung ist eine zweizylindrige, mit Zählwerk versehene kleine Luftpumpe, die auch bei kleinen Mengen eine sehr allmähliche Luftentnahme gestattet. Um nun auch die für die gebräuchlichen Methoden der Gasanlage notwendigen Filtriereinrichtungen zu vereinfachen, wurde versucht, die auf Farbenumschlag beruhende Reaktion, wie sie bei der Kohlensäurebestimmung nach Lunge-Zeckendorf üblich ist, auch auf andere Gasarten auszudehnen. Es ist auch in der Tat gelungen, für schweflige Säure, Ammoniak und Chlor Verfahren auszuarbeiten, die ein Resultat von genügender Genauigkeit in wenigen Minuten erzielen lassen. Damit entfällt ein großer Teil der Gründe, die bisher Sanitätsingenieure und Gewerbeinspektionsbeamte namentlich auch bei der Prüfung von Ventilationsanlagen davon abhielten, genauere Luftverunreinigungsbestimmungen zu machen, so daß nunmehr die Prüfung der Lüftungsanlagen auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden kann, ein Ziel, das im Interesse wirklich technisch wertvoller Ventilationskonstruktionen als äußerst wünschenswert zu bezeichnen ist.

Humoristisches.

Symbolismus. „Sehr nett! Malst du öfters Landschaften?" — „Na, du, — das ist doch 'n Porträt!"

Das Merkmal. „Maanst du, daß der feine Herr, was is mit uns gefahren, war ä Jüd?" — „Natürlich — sonst hätt' er's doch nix äso lebhaft abgeleugnet."

Letzter Wunsch. Alte Dame: „Wie herrlich muß es sein, zum Tode verurteilt zu werden durch den Jugendgerichtshof!"

Kleines Hirschgespräch. „Wenn Majestät noch weiter die Hofjagden absagen läßt", — scherzte ein Edelhirsch zu seinem Kollegen, — „dann wirst du dich schließlich so entwickeln, daß du zum „größten Hirsch des zwanzigsten Jahrhunderts!" ernannt werden kannst!"

Betrug. „Warum gehst du auf koan' Wallfahrt nimmer Hiasl?" — „Die windige G'sellschaft, — die windige, — letzthin hab' i im ganzen vier Uhren derwischt, und glei' drei davon waren doublé!"

Sommerschwüle. „Vata, kannst du mit de Ohren wackeln?" — „Nee, mein Junge!" — Schade, det hätte so 'nen scheenen Wind jemacht." (Lust. Bl.)

Neues vom Serenissimus. Der Großherzog von Gerolstein wurde plötzlich von einer unbesiegbaren Reisewut gepackt. Täglich durchquerte er mehrere Male sein Reich. Mit großer Besorgnis verfolgte Kindermann den plötzlichen Tatendrang seines Herrn. Endlich fragte er devotest nach der Ursache der durchlauchtigsten Unruhe und erhält die Antwort: „Ah, lieber Kindermann, habe Wanderniere. Muß immer mit!"

Hohe Finanz im Seebad. „Diese eintönige Wasserfläche schläfert das Denken ein." „Ja; man vergißt ganz, daß daheim die letzte Bilanz nicht geglimmt hat!"

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 47. Mittwoch, den 2. Dezember 1908.

Der goldene Boden.

Von W. Bromme.

Der Glasermeister Fritz Hurtig sprang deckenhoch vor Freude, als er mit der Ausführung der Arbeiten eines großen Neubaues in einem der westlichen Vororte betraut worden war. Seit Monaten hatte das Geschäft gestockt. Endlich wieder einmal ein großer Auftrag, durch den er sich etwas herausreißen und die dringendsten Verpflichtungen erfüllen konnte.

Rastlos ging er ans Werk. Er war sogar genötigt noch 2 Gesellen einzustellen, um die Arbeit bis zum Fälligkeitstermin fertigzustellen. Das Haus sollte im Herbst bezogen werden. Hei, war das eine Lust jetzt in der Werkstatt des jungen Meisters, wochenlang immer hobeln, sägen und hämmern zu können! Wenn die Gesellen schon längst Feierabend gemacht hatten, stand der Meister oft noch bis tief in die Nacht hinein in der Werkstatt und strich Fensterrahmen oder zog Glasscheiben ein. Er arbeitete gern und lebte ordentlich auf. Die Aussicht auf den Verdienst stimmte ihn fröhlich, und sein Weib hoffte auch auf eine Besserung ihrer Lage. Sie versprach den Kindern, in den Herbstferien mit ihnen in die Provinz zur Großmutter zu fahren. Dort gab es viel Wald und große Wiesen. Da würden die Kinder lustig und rotbäckig werden. Sogar auf Weihnachten hinaus baute die junge Meisterin Luftschlösser, denn der Unternehmer hatte ihrem Manne noch einen zweiten Bau in Aussicht gestellt, den er gleich nach Vollendung des ersten in Angriff nehmen würde.

Drei Monate später hatte Meister Hurtig das letzte Fenster eingesetzt. Der Bau stand fix und fertig da. Schon mehrmals war der Meister bei dem Unternehmer gewesen und hatte um Zahlung gebeten, immer wurde er aber vertröstet, obwohl der Unternehmer jedesmal nach Fertigstellung einer Etage Vorschuß von der Hypothekenbank bekommen hatte. Der Schlosser, der Dachdecker, der Klempner, der Maler, alle hatten sie sich vertrösten lassen. Nun aber hofften sie, endlich einmal ihren Lohn und ihr verausgabtes Geld zu bekommen.

Eines Tages geschah aber etwas Furchtbares. Der Unternehmer hatte Konkurs angemeldet. Die Handwerksmeister waren die Betrogenen. Sie gebärdeten sich wie rasend.

Auf diese Weise wurden Mittelstandsexistenzen vernichtet. Die Leute konnten gar nichts dagegen tun, alles ging ja streng gesetzmäßig zu. Sie mußten sich mit ein paar lumpigen Groschen begnügen, denn bei dem Unternehmer war nichts zu holen. Er lebte mit seiner Frau in Gütertrennung und führte bereits als deren Geschäftsführer einen zweiten Bau dicht neben dem vollendeten Gebäude auf.

Der Schlag wirkte für Meister Hurtig zerschmetternd. Er war ruiniert. Seine letzte Hoffnung war dahin. Jetzt konnte er sich nicht mehr halten. Die Arbeit eines Vierteljahres war vergebens gewesen. Auch hatte er noch dazu seine alte Schwiegermutter in der Provinz um 700 Mark gebracht, denn von ihr hatte er sich das Geld für den Arbeitslohn der Gesellen und für das nötigste Material, das er nicht auf Kredit bekam, vorschießen lassen. Die Träume seiner armen Frau, ihren Kindern einmal einen Landaufenthalt zu ermöglichen, bei welcher Gelegenheit sie der Mutter das geliehene Geld zurückbringen wollte, waren zu Schäumen geworden. Hunger und Not kehrten in die Wohnung des strebsamen Handwerkers ein. Die Gläubiger drängten immer mehr. Der Hausbesitzer drohte mit Aussetzung, weil die Miete für Wohnung und Werkstatt ein halbes Jahr rückständig war. So mußte denn auch Hurtig den schweren Gang zum Gericht antreten und seinen Konkurs anmelden. Damit begrub er alle Hoffnungen, jemals wieder seine Selbständigkeit zu erlangen. Das war nun der „goldene Boden" seines Handwerks! Im September bekam er noch ein paar Wochen als Glasergeselle Beschäftigung. Dann war es eines Tages auch seinem Meister so gegangen wie ihm.

Der Spätherbst nahte. Die Baukonjunktur stockte. Arbeitslosigkeit zog ein. Die Kinder des ehemaligen Glasermeisters wurden immer magerer und blässer. Seine Frau grämte sich über den Verlust der Existenz, noch mehr aber über das verlorene Geld der Mutter, das diese als Notpfennig für ihr Alter zusammengespart hatte. Noch nie war der Ernst des Lebens so an die Frau herangetreten wie in diesen Tagen der Not. Trotz ihrer Kränklichkeit bemühte sie sich um eine Stelle als Aufwärterin, und sie war glücklich, als sie Erfolg hatte. Ihre Kinder mußten nun, sich selbst überlassen, den Tag über allein zu Hause bleiben. Am Abend mußte sich dann die arme Frau noch über die von den Kindern verübten Unartigkeiten ärgern. Da waren bald eine Tasse oder ein Teller zerbrochen, bald ein Möbelstück zerkratzt, bald ein Kleidungsstück zerrissen, das in der Nacht repariert werden mußte. Dabei fror sie erbärmlich, denn gewöhnlich saß sie am kalten Ofen.

Der Winter war besonders streng. Die Wäsche — einst der Stolz der jungen Meisterin — und alle Möbelstücke, die man noch entbehren konnte, waren ins Leihhaus gewandert, trotzdem der Meister inzwischen einige Wochen bei den Erdarbeiten geholfen hatte. Zwar kränkte es ihn, sein erlerntes Handwerk zu verlassen, aber Not bricht Eisen. Mit dem Eintritt der Kälte mußte auch diese Arbeit eingestellt werden. Was nun? Noch mehr hungern?

Die jungen Leute verzweifelten fast und beschäftigten sich mit Selbstmordgedanken. Fritz Hurtig war stolz auf seine Glaserei gewesen. „Handwerk hat goldenen Boden und ernährt stets seinen Mann!" hatten ihm Vater und Großvater gesagt. Auch er huldigte diesem Wahlspruche, war patriotisch gesinnt gewesen und hatte doch im Kampfe ums Dasein unterliegen müssen. Wohl oder übel mußte er sich entschließen, in einer Fabrik Unterkommen zu suchen. Wie graute ihm vor diesem Schritte, vor dem Leben eines Fabrikarbeiters! Schon in seiner Jugend empfand er ein Unbehagen bei dem Gedanken, hinter den kahlen Mauern, an den Maschinen zu stehen und jahraus, jahrein mechanische Handgriffe ausführen zu müssen, um dabei selbst zur Maschine zu werden. Es war ihm, als ob er in ein offenes Messer getrieben werden sollte.

Tag für Tag klopfte Hurtig die Fabriken ab. Überall konnte man angeblich niemand mehr brauchen. Oft wurde der ehemalige stolze Handwerksmeister schon vom Portier, der vorher vielleicht Pferdeknecht gewesen war, mit dem Bemerken abgewiesen, daß alle Plätze besetzt seien. Aber einmal blühte ihm doch das Glück. In einer Werkzeug- und Maschinenfabrik wurde er als Hilfsarbeiter eingestellt. Eine Holzwarenfabrik wäre ihm freilich lieber gewesen, die schlug wenigstens in seinen Beruf, aber danach fragte der Kapitalismus nicht. Die industrielle Reservearmee war in allen Fabrikationszweigen vorhanden.

An einem Montag früh im Februar stand Fritz Hurtig draußen in einem der östlichen Vororte vor dem Tore einer Fabrik und wartete auf das Öffnen. Es fror ihn fürchterlich, denn einen Überzieher besaß er nicht mehr. Nur der Gedanke, daß er für Weib und Kinder fror, erhielt ihn aufrecht. Er hätte wohl noch ein Viertelstündchen länger im warmen Bette liegen können, doch er wollte pünktlich sein, namentlich in der ersten Zeit. Aber die Minuten wurden ihm in der Winterkälte zu Stunden. Es war ihm, als ob das Mark in den Knochen gefröre. Nachdem noch eine größere Zahl anderer Arbeiter, die keine Blechkannen in den Händen trugen oder in den Taschen stecken hatten, hinzugekommen war, wurde endlich geöffnet. Mit scheuer Neugier betrachtete Hurtig die abgehärmten, eckigen Gesichter der Arbeiter mit dem fahlen Glanz in den Augen. Die älteren Leute waren alle spindeldürr, nur unter den jungen Arbeitern sah man ab und zu eine kräftige Gestalt. Zwischen seinen neuen Leidensgenossen eingereiht, schob sich Hurtig durch das Tor in den Fabriksaal. Eine dumpfe Atmosphäre umfing ihn und nahm ihm fast den Atem. Das roch alles nach Öldunst Riemenleder und Maschinen. Der Neuling erstickte fast in dieser Luft. Der Fabriksaal kam ihm vor wie der Rachen eines riesigen Raubtiers, der soeben seine Beute verschluckte. Hurtig blieb in der Nähe der Tür stehen und die Hunderte von Arbeitern schwirrten an ihm vorüber und begaben sich an ihre Arbeitsplätze.

Ratlos blickte er umher. Mancher Vorbeigehende lächelte ihn neugierig an. Endlich ließ der Andrang nach. Ein Glockenzeichen ertönte, und langsam, wohlvergleich, mit vielen tausend Händen setzte sich der Mechanismus der vierhundert Maschinen in Bewegung. Das Surren der Spindeln, das Kreischen der Fräser, das Stampfen der Stahlscheren und Hobelmaschinen, das Dröhnen der Dampfhämmer, das Klatschen der Treibriemen und das Summen der Schleifscheiben verursachte ein Getöse von Tönen, die dem ungewohnten Neuling auf den Trommelfellen herumtanzten, daß ihm fast Hören und Sehen verging.

Nach fünf Minuten verschloß der Portier die Tür. Nachzügler mußten einen anderen Eingang passieren und Strafe zahlen. Ein Markenkontrollkasten ließ genau sehen, welche Arbeiter noch fehlten. Dann winkte der Portier majestätisch dem Neuling, ihm zu folgen. Er führte ihn zu einem Verschlage im Hintergrunde des Saales, in dem sich noch einige ziemlich kräftige Leute unterhielten. Es war der „Meisterkäfig“, wie ihn die Arbeiter nannten. Der Portier trat grüßend zu einem der Männer und deutete auf Hurtig. Prüfend ließ der Meister einen Moment seine Augen über den ehemaligen Kollegen vom Handwerk gleiten, der in devoter Haltung vor ihm stand. Dann gab er ihm mürrisch ein Zeichen mit dem Finger und führte ihn an eine leerstehende Maschine. Es war eine Spezialdrehbank für Eisenschrauben — eine sogenannte Revolverbank — von denen eine ganze Anzahl nebeneinanderstanden.

Der Meister rief einen an der Nebenbank beschäftigten jugendlichen Arbeiter heran, der kaum 16 Jahre alt sein konnte.

„Zeigen Sie 'mal dem, wie die Schrauben zu drehen sind, schleifen Sie aber vorerst die Stähle, ich vergüte Ihnen dann auch etwas!“ rief befehlend der Meister und entfernte sich darauf wieder, wobei sein Auge noch kontrollierend über die Reihen der ihm untergebenen Arbeiter glitt, von denen einer hinzugetreten war und neue Arbeit verlangte.

Meister Hurtig mußte sich nun von einem Burschen unterweisen lassen, dessen Vater er hätte sein können, und wenn er in den ersten Tagen einmal eine Schraube vermurkste, hatte er auch noch die spöttischen Bemerkungen des Knaben einzustecken. Es bedurfte aber nur einiger Tage, dann kannte Hurtig schon den ganzen Mechanismus der Maschine und arbeitete genau so wie jeder andere seiner Arbeitsgenossen. Der Lohn war in den ersten Wochen freilich sehr knapp. Das ließ sich aber nicht ändern. Lehrgeld erforderte jeder Beruf. Der Meister war gezwungen, an der Maschine zu bleiben, wollte er seine Lieben nicht hungern und frieren lassen. Wohl zerdrückte der schwer geprüfte Mann manchmal eine Träne im Auge, wenn er an der Maschine hantierte und an sein erlerntes Handwerk dachte. Oft krümmte sich auch seine Faust, wenn ihm der schuftige Bauschwindler, der ihn hineingelegt hatte, ins Gedächtnis kam. Das half ihm aber alles nichts mehr. Vielleicht wäre er dann schon drei Monate früher von den Jängen des Pleitegeiers gefaßt worden, aber das Geld seiner Schwiegermutter wäre gerettet gewesen.

Nun, er wollte schuften und würgen, was in seinen Kräften stand, um der alten Frau mit der Zeit wieder etwas zurückzuerstatten. Unermüdlich ließ er den Support seiner Maschine kreisen. Doch bald kamen neue Sorgen hinzu; denn verdiente Hurtig mehr als seine Nebenkollegen, so drohte der Meister mit einer Kürzung der Akkordlöhne. Einmal war das schon geschehen.

Trostlos lag also die Zukunft vor ihm. Da kam plötzlich eine Wandlung. Die Kollegen nahmen ihn eines Abends mit in eine Versammlung. Er hörte dort vom Sozialismus, der für die Arbeiter eine schönere Welt schaffen werde. Nun hatte auch das Leben Hurtigs wieder Richtung und Ziel. Er war jetzt Feuer und Flamme für den Kampf der Arbeiter, dem er früher verständnislos gegenübergestanden hatte. Als Handwerksmeister war er noch patriotisch gesinnt gewesen, hatte noch der militärische Geist seiner Soldatenzeit in ihm gesteckt. Jetzt aber war er ein Sklave der Maschine, wie jeder anderer seiner Arbeitsgenossen. Der goldene Boden des Handwerks kam ihm jetzt lächerlich vor, wenn er sich vergegenwärtigte, durch wen und auf welche Weise der Mittelstand vernichtet wurde. Wehe, wenn ihm einer der alten Bekannten von Handwerk und Mittelstand erzählen wollte. Er konnte ein Lied davon singen.

Die Zeit, in der das Handwerk auf goldenem Boden ruhte, ist längst entschwunden, die gibt es nicht mehr. Eine andere Zeit ist gekommen, die Mittelstand und Handwerk zermalmt und ins Proletariat wirft, die aber auch das Los der armen an die Maschine gefesselten Menschen erleichtern und verbessern wird.

Liebesgefahren in der Tierwelt.

Der Ausspruch Schillers: „Einstweilen, bis den Bau der Welt Philosophie zusammenhält, erhält sie das Getriebe durch Hunger und durch Liebe“ gilt nicht bloß von den Menschen, sondern auch ganz besonders von der Tierwelt. Hunger und Liebe sind die beiden Pole, um die sich das Sinnen und Trachten der Tiere dreht. Auf dieser uralten Erkenntnis beruhen die meisten Fallen, um sich eines Tieres zu bemächtigen. Vom Hunger ist ja allgemein bekannt, daß er die Tiere ihre Vorsicht vergessen läßt. Der Hund läßt sich vom Einbrecher durch ein vergiftetes Stück Wurst beseitigen, das Mäuschen kann dem Geruch des gebratenen Speckes, der in der Falle hängt, nicht widerstehen, der Fisch schnappt nach dem Wurme, der sich an der Angel befindet. Die Macht der Liebe in der Tierwelt tritt dagegen für den Großstädter nicht so grell in Erscheinung. Und doch gilt die Frage: wo steckt die Frau? in der Tierwelt mindestens mit demselben Recht wie bei den Menschen.

Um die Brieftauben zu veranlassen, von einem Schlage zum andern zu fliegen, — was sie unter gewöhnlichen Umständen nicht täten — richtet man es so ein, daß sie in dem einen Schlage nur Futter, aber keine Liebesfreuden, in dem andern Schlage aber umgekehrt wohl mit dem Liebchen kosen können, dafür aber nichts zu fressen bekommen. Hat sich also die Taube an Ceres Gaben erfreut, so sehnt sie sich nach den Freuden der Venus — und umgekehrt. So gewöhnt sie sich daran, von einem Orte zum andern zu fliegen und kann als Überbringerin von Botschaften benutzt werden.

Um den Rehbock, der sehr wohl weiß, wie erpicht der Jäger nach seinem Geweih — in Jägerkreisen Gehörn genannt — ist, und sich deshalb sehr versteckt hält, vor das Rohr zu bringen, ahmt man zu seiner Brunstzeit die Fieglaute der Ricke nach. Gewöhnlich geschieht das mit einem Buchenblatt, weshalb man die Tätigkeit als „Blatten“ bezeichnet. Unzählige Male hat der liebestolle Bock sich mit Windeseile auf die Stelle gestürzt, woher der verlockende Laut kam, und hat seine Verliebtheit mit dem Leben bezahlen müssen, denn anstatt einer willfährigen Schönen empfing ihn der bleierne Gruß des Grünrocks.

Während Kämpfe zwischen Rehböcken um eine Auserkorene nicht übermäßig häufig sind, finden sie bei dem Edelhirsch öfters statt. Die Brunst beginnt mit Eintritt des Monats September und dauert bis zur Mitte des Oktober. Dietrich aus dem Winkell, der vortreffliche Kenner unseres Wildes, schildert, wie abends und morgens der Wald vom Geschrei der Brunsthirsche ertönt, die sich jetzt kaum den Genuß des nötigen Geäses und zuweilen Abkühlung in einer benachbarten Suhle oder Quelle, wohin die Tiere sie begleiten müssen, gestatten. Andere, weniger glückliche Nebenbuhler beantworten neidisch das Geschrei. Mit dem Vorsatze, alles zu wagen, um durch Tapferkeit oder List sich an die Stelle jener zu setzen, nahen sie sich. Kaum erblickt der beim Wilde stehende Hirsch einen andern, so stellt er sich, glühend vor Eifersucht, ihm entgegen. Jetzt beginnt ein Kampf, der oft einem der Streitenden, nicht selten beiden, das Leben kostet. Wütend gehen sie mit gesenktem Gehörn auf einander los und suchen sich mit bewundernswürdiger Gewandtheit wechselweise anzugreifen oder zu verteidigen. Weit erschallt im Walde das Zusammenschlagen der Geweihe, und wehe dem Teile, der aus Altersschwäche oder sonst zufällig sich eine Blöße gibt! Sicher benutzt diese der Gegner, um ihm mit den scharfen Ecken der Augensprossen eine Wunde beizubringen. Man kennt Beispiele, daß die Geweihe beim Kampfe sich so fest ineinander verschlungen hatten, daß der Tod beider Hirsche die Folge dieses Zufalls war, und auch dann vermochte keine menschliche Kraft sie ohne Verletzung der Enden zu trennen. Oft bleibt der Streit stundenlang unentschieden. Nur bei völliger Ermattung zieht sich der Besiegte zurück, der Sieger aber findet seinen Lohn im unersättlichen, immer wechselnden Genuß von Gunstbezeugungen der Tiere, die — wer kann es bestimmen, ob nicht mit geteilter Teilnahme? — dem Kampfe zusahen.

Der Hirschschrei wird vom Jäger oft nachgeahmt, um die Eifersucht eines alten Recken zu erregen und ihn zu veranlassen, sich schußgerecht zu stellen. Auch beim Elch wird der Brunstschrei zu dem gleichen Zwecke nachgeahmt, ja, nach dem Buche des Oberförsters Kremenz, der zwölf Jahre lang die Bären der Rokitnosümpfe beobachtet hat, soll unser so täppischer und plumper Petz sich desselben Mittels bedienen, um den Elch zu berücken.

Diese Eifersuchtserregung wird auch bei den Vögeln benutzt, um sie leichter zu erlegen. Namentlich die Hähne der Hühnervögel sind bekannt wegen ihres weiten Herzens für

die Damenwelt. Unser Haushahn ist sofort bereit, mit einem fremden Hahn um seinen Harem zu kämpfen. Gerade auf dieser ausgeprägten Kampfesluft um die edle Weiblichkeit beruhen die Hahnenkämpfe. Beim Birkhahn ahmt man beispielsweise das Schleifen nach, d. h. jenen zischenden Laut, der dem Kollern folgt. Einer solchen Herausforderung kann der Hahn nicht widerstehen, sondern stürzt sich eilend auf den vermeintlichen Rivalen.

Stiere und Hengste sind ebenfalls zur Paarungszeit stets bereit, mit einem Nebenbuhler auf Tod und Leben zu kämpfen. Da sich diese Tiere ebenso wie die Hunde nach der Nase richten, so ist es ein uralter Kunstgriff, die Ausscheidungen der Weibchen zu benutzen, um die Männchen gefügig zu machen. Verschaffte doch der Stallmeister des Darius seinem Herrn dadurch die Königskrone, indem er durch dieses Mittel seinen Hengst zum Wiehern veranlaßte. Wachhunde werden von Einbrechern in ähnlicher Weise beseitigt.

Der vortreffliche Tierkenner Thompson schildert in seinem Buche: Bingo und andere Tiergeschichten, daß ein wilder Hengst, der auf keinem Wege eingefangen werden konnte, schließlich durch einen einfältigen Patron, der seine Stute als Lockmittel benutzte, in die menschliche Gefangenschaft geriet. Ebenso hatte der Hauptwolf eines Rudels, Lobo, alle Fangmittel des klugen Menschen verspottet, bis er schließlich durch den Fall seiner Lieblingswölfin mit ins Verderben gezogen wurde.

Bei allen Hundearten ist überhaupt die Eifersucht stark entwickelt, weshalb zwei gleichgeschlechtliche Hunde sich gewöhnlich nach kurzer Zeit beißen. Aus diesem Grunde pflegt man zu paarweise gekuppelten Hunden je ein Männchen und ein Weibchen zu nehmen.

Wie selbst unsern Esel die edle Weiblichkeit beherrscht, dafür möge zum Schlusse folgende hübsche Erzählung von Brehm Zeugnis ablegen. Er schreibt, daß im Süden der Esel eigentlich das ganze Jahr hindurch brünstig ist. Der Hengst erklärt der Eselin mit dem ohrenzerreißenden „I—a, I—a“ seine Liebe und hängt den langgezogenen, 5- bis 10 mal wiederholten Lauten noch ein Dutzend schnaubender Seufzer an. Solche Liebesbewerbung ist unwiderstehlich; sie äußert selbst auf alle Nebenbuhler ihre Macht. Man muß nur in einem Lande gelebt haben, wo es viele Esel gibt, um dies zu erfahren. Sobald eine Eselin ihre Stimme hören läßt, — welch ein Aufruhr unter der gesamten Eselei! Der nächststehende Hengst fühlt sich überaus geschmeichelt, derjenige zu sein, der die für ihn so ansprechenden Töne sofort pflichtschuldigst beantworten darf, und brüllt aus Leibeskräften los. Ein zweiter, dritter, vierter, zehnter fällt ein: endlich brüllen alle, alle, alle, und man möchte taub oder halb verrückt werden über ihre Ausdauer.

Seine Verliebtheit läßt das Langohr alles überwinden. Brehm und seine Begleiter konnten einen alten, blinden Esel, der bestimmt war, oben auf der Höhe eines spanischen Berges den Geiern zur Mahlzeit zu dienen, nur dadurch auf das Gebirge bringen, daß sie eine Eselin vor ihm herführten! Jetzt leitete ihn der Geruchssinn, und er folgte seiner Freundin mit großem Eifer nach. Th. Zell.

Für unsere Frauen.

Arbeiterfrauen, um Eure eigene Sache handelt es sich.

Das furchtbare Grauen, das uns erfaßte, als die Kunde von dem entsetzlichen Grubenunglück auf Zeche Radbod zu uns drang, das tiefe Mitgefühl, mit den Opfern des Unglücks, sowie mit den Angehörigen dieser Opfer, wurden alsbald überboten vom lodernden Zorn über die Ursachen der schrecklichen Katastrophe, und über das Verhalten der Zechenverwaltung nach dem Unglücke, die so schnell die Rettungsarbeiten einstellen und die Grube vermauern ließ, um den Brand zu löschen und das Bergwerk zu retten, trotzdem doch die Möglichkeit vorhanden war, daß noch Bergarbeiter lebten, welche so lebendig eingemauert wurden. Kapitalsinteresse ist heute überall maßgebend, nicht die Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter. Das lehrt uns zum abertausendsten Male das Massengrab auf Radbod. Nach Aussagen der Bergleute hätte eine bessere Wetterführung, eine hinreichende Berieselung des aufstandenen Kohlenstaubes, das Unglück verhüten können. Mangelndem Arbeiterschutz zufolge fielen also wieder Hekatomben von Menschenopfern, wie alljährlich in Industrie, Bergbau, Landwirtschaft usw.

„Her mit einem durchgreifenden Arbeiterschutz für Bergwerk und Fabriken sowie im Interesse der Landarbeiter und Hausangestellten.“

„Her mit Kontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen!“ Das muß erneut unser Kampfesruf sein angesichts des Massenunglücks auf der Mordgrube Radbod! Und dieser Ruf, er muß erschallen, vor allem aus dem Munde unserer Arbeiterfrauen. Sie sind an der Erfüllung dieser Forderungen doppelt und dreifach interessiert.

Die Opfer kapitalistischer Ausbeutung, die durch Unglücksfälle hilflose Krüppel wurden, oder die der Allbezwinger Tod dahinraffte, es sind ihre Männer, ihre Söhne, ihre Töchter! Trifft das Los ihren Mann, so hat sie den Gatten, den Vater ihrer Kinder und den Ernährer verloren. Zu dem Schmerz um den geliebten Toten tritt sofort die bittere Sorge um das Brot für die Kinder. Hat sie bisher im Kreise der Familie sich der Erziehung der Kinder, der Erfüllung ihrer Hausfrauenpflichten widmen können, so wird nach dem Ableben des Mannes die Not sie aufpeitschen zur Erwerbsarbeit. Unter Hintansetzung ihrer Mutter- und Hausfrauenpflichten muß sie dann zunächst fürs tägliche Brot sorgen.

Sind es ihre Söhne und Töchter, die ihr tot oder verkrüppelt ins Haus getragen werden, so zerreißt unendliches Weh ihr Mutterherz, und in Verzweiflung möchte wohl manche Frau sich mit in die Grube werfen, wenn einer ihrer Lieblinge, die sie unter Sorgen und Mühen großgezogen, dem Schoße der Erde übergeben wird als ein Opfer des nimmersatten Vampyr „Kapitalismus“.

Und wie groß die Zahl der Opfer ist, die alljährlich der Kapitalismus fordert, das illustriert die Unfallstatistik, nach der im Jahre 1906 allein 645583 Personen verletzt, von denen 1468 dauernd und völlig erwerbsunfähig und 9141 getötet wurden.

Das unsägliche Leid also, das gestern Hunderten von Bergmannsfrauen zugefügt ward, kann heute, morgen, in den nächsten Tagen, andere treffen. Der Juggernautkarren kapitalistischer Ausbeutung, er geht eben blindlings und rücksichtslos zermalmend über Hunderttausende von Proletarierleibern hinweg.

Und angesichts dieser Zahlen, angesichts des frischen Massengrabes, antwortet die Regierung durch den Handelsminister wiederum; auf die dringende Forderung der Bergknappen: Mehr Arbeiterschutz, her mit Arbeiterkontrolleuren! „Nein, das gibts nicht!“ — Arbeiterkontrolleure, die für die Durchführung des bestehenden Schutzes, für die Anwendung des geltenden Rechtes Sorge tragen, sie „würden den sozialen Frieden stören.“ Also orakelt der Handelsminister und beweist mit diesem Ausspruch aufs neue, wie gut die Regierung die Geschäfte der Besitzenden, der Herrschenden, zu führen versteht. Daß nur der Profit der Grubenbarone nicht geschmälert wird, ist ihre Sorge. Der Blutstrom, den Arbeitern erpreßt, mag steigen, was tuts, wenn nur der Geldstrom weiter fließt, der in die Taschen der Unternehmer fließt.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sind in den Augen der Herrschenden doch nur die profitschaffenden „Hände“, die sprachbegabten „Arbeitsinstrumente“.

Wir jedoch wollen, daß im gesetzlichen Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz zum Ausdruck kommt, daß die Proletarier lebendige, denkende, fühlende und strebende Menschen sind. Ein solch durchgreifender Arbeiterschutz, der die Anerkennung dieses Prinzips bedeutet, der das Wohlergehen des lebendigen Menschen über die Anhäufung des toten Kapitals stellt, der wird uns nimmer freiwillig gewährt, den müssen wir uns unter Anwendung der wachsenden Macht und Stärke der vereinigten Arbeiterschaft erringen. Und bei diesem Ringen, bei diesem Kampfe sollen unsere Arbeiterfrauen helfen, denn um ihre Sache handelt es sich dabei vor allem. Nicht in ohnmächtigem Zorne die Hände ballen, sondern zu handeln gilt es.

Hinein in die Arbeiterorganisationen!

Hinein in die sozialdemokratischen Vereine.

Wachet auf aus Eurer Lethargie und handelt, erkämpft Euch Euer Recht! So mahnen uns die Toten auf Radbod! Dazu spornt uns ihr stummer, qualverzerrter Mund an, ihr gebrochenes Auge, ihre verkohlte Gestalt.

Doch nicht nur zum Kampf um Arbeiterschutz rufen sie uns; nein, sie heischen mehr; sie rufen uns auf

zum Kampf gegen den Kapitalismus,
gegen die skrupellose Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, gegen Knechtschaft und Unterdrückung und
für den Sozialismus!

Sie rufen uns auf zum Kampf gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, das die Wurzel aller Leiden für die Arbeiterschaft, für die Besitzlosen ist. Verstehen wir diese